

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Postzeile oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübener Volksbote

Nummer 143.

Donnerstag, den 22. Juni 1922.

29. Jahrgang.

## Reichstag und Reparationen. Die Entrechtung der Saarbevölkerung.

231. Sitzung vom 21. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Bei sehr schwach besetztem Hause eröffnet Präsident Loebe die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Anwendung des Wiesbadener und Bemelmans-Sachlieferungsabkommens. Damit verbunden werden die Interpellationen der Deutschnationalen gegen das Wiesbadener Abkommen, der Deutschen Volkspartei, gegen die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, der Unabhängigen über die Pariser Reparationsverhandlungen, des Zentrums gegen die Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet und über die Zustände im Saargebiet. Ferner steht zur Beratung das Weisbuch der Regierung zur Reparationsfrage.

Namens des Ausschusses beantragt Abg. Dernburg (Dem.) die unveränderte Annahme der Sachlieferungsabkommen.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) begründet die schon im November v. J. eingebrachte Interpellation seiner Parteifreunde: Ist die Regierung bereit, wenigstens nachträglich die Zustimmung des Reichstages zu ihrem Verhalten einzuholen. Selbst die Vertreter der Entente waren von dem Wiesbadener Abkommen überrascht. Im weiteren Verlauf seiner Rede macht Reichert der im Oktober vorigen Jahres zurückgetretenen Regierung den Vorwurf, sie habe mit dem ohne Zustimmung des Reichstages erfolgten Abschluss des Wiesbadener Abkommens einen Verfassungsbruch begangen. Die von Rathenau dem Volke aufgebürdeten unerträglichen Lasten hätten nicht einmal den Erfolg gehabt, Frankreich zu beschwichtigen und Oberschlesien zu retten. Die übertriebene Erfüllungspolitik führe zum Ruin; dafür müssten wir uns bei der Regierung bedanken. (Stürmische Rufe links: Nein, bei Ihnen und Ihrer Partei!) Der Reichskanzler müsse jetzt die Frage beantworten, wann endlich der Verleumdung unseres Volkes durch die übertriebene Erfüllungspolitik ein Ende gemacht werden soll.

Abg. Moldenhauer (Dp.) begründet eine Interpellation seiner Fraktion, nach der zwischen England und Frankreich eine „Neutralisierung“ des jetzt besetzten Rheinlandes vereinbart worden sein soll, um nach Art des Saargebietes den Rheinländern eine Autonomie unter französischer Oberaufsicht zu geben. Die Regierung wird gefragt, ob ihr etwas von derartigen Plänen bekannt sei und was sie gegen eine solche verschleierte Annexion zu unternehmen gedenkt. Der Redner erklärt eine wirkliche Reparation für unmöglich, solange der größte Teil der von Deutschland unter schwersten Opfern aufgebrauchten Reparationslasten für die unerhörte kostspieligen Besatzungstruppen verwendet wird. Moldenhauer versucht dann nachzuweisen, daß Frankreich seit dem Friedensschluß niemals die Pläne aufgegeben habe, das Rheinland durch eine Schein-Autonomie vom Deutschen Reich loszureißen.

Abg. Dr. Levi (Unabh. Soz.) spricht zu der Interpellation der Unabhängigen, die Auffassung über die Pariser Reparationsverhandlungen verlangt. Er betont die Notwendigkeit, an der Erfüllungspolitik festzuhalten. Diese Erfüllungspolitik könne der Regierung aber nicht die Berechtigung geben, die Hauptlasten der Reparation der Arbeiterschaft aufzubürden. Die Erfüllungspolitik müsse einheitlich betrieben werden und in der Innenpolitik ihre Ergänzung finden. Es gehe nicht länger an, daß das Reichswehrministerium die politisch sehr bedenklichen Propagandareisen des Generalfeldmarschalls Hindenburg fördert. Dem geschlagener Feldherrn muß man sagen: Was das Schwert verdorben hat, macht kein Mundwerk wieder gut! Solange das Reichswehrministerium durch Streiche, wie die Ernennung des Rappisten v. Rinnenfeld zum Schiffskommandanten, planmäßig die Augenpolitik des Reichskanzlers durchkreuzt, ist eine einheitliche Erfüllungspolitik unmöglich.

Abg. Dr. Gauscher (Z.) begründet die Zentrumsinterpellation, die sich gegen die Zerstörung von wirtschaftlich bedeutenden Eisenbahnbauten wendet. Was hier unter dem Vorwand der „Entmilitarisierung“ des Rheinlandes gefordert wird, kennzeichnet sich tatsächlich als eine völlig sinnlose Verschleuderung wirtschaftlicher Werte. Zu einer derartig brutalen Maßnahme liege umso weniger Anlaß vor, als nach Durchführung der Entwaffnung Deutschlands und Angehörigen der geringsten Stärke des deutschen Heeres den bedrohten Eisenbahnanlagen eine militärische Bedeutung nicht mehr beigelegt werden könne. Die französische Zerstörungspolitik sei nur zu erklären aus dem sinnlosen Vernichtungswillen, den wir zuerst bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Compiegne kennen lernten. Die Haltung der rheinischen Bevölkerung sei so vorbildlich, daß sich das ganze deutsche Volk daran ein Muster nehmen könne. (Lebh. Beifall.) Die Regierung möge den denkbar schärfsten Protest gegen den Zerstörungsplan einlegen und die Wirtschaft des Rheinlandes schützen. Das Deutschland würden die Rheinländer selbst schützen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Bell (Z.) begründet die letzte Interpellation, die Einspruch erhebt gegen die dem Versailler Vertrag widersprechenden Französisierungsbestrebungen im Saargebiet. Die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission beweise ihre Nichtachtung des Versailler Vertrages dadurch, daß sie französischen Truppen im Saargebiet besetzt, französische Kriegsgerichte und eine fran-

zösische Gendarmerie einsetzt, die Auslandsinteressen der Bewohner an Frankreich überträgt, die Einführung des französischen Geldes zum Schaden der Wirtschaft erzwingt, das Schulweien französisiert und politisch mißliebige Personen in Massen ausweist. Die leitenden Stellen in der Beamtenchaft seien gegen Recht und Vertrag mit Franzosen besetzt, und die Wünsche der Bevölkerung vollständig mißachtet worden. (Hört, hört!) Wir müssen vor aller Welt der Entente jurieren: Hände weg von dem urdeutschen Saargebiet! (Beifall.) Der Bevölkerung des Saargebietes aber sagen wir: Harret aus, auch Euch wird die Stunde der Erlösung schlagen! Der ist in tiefer Seele treu, der die Heimat liebt wie du.

Zur Beantwortung der deutschnationalen Interpellation nimmt sodann das Wort

Staatssekretär Müller (Wiederaufbauministerium):

Die Frage, ob das Wiesbadener Abkommen der Zustimmung des Reichstages bedürfte, ist von der Regierung sorgfältig geprüft worden. Sie ist zu einer Verneinung aus folgenden Gründen gekommen: Nach der Reichsverfassung ist die Zustimmung des Reichstages nur dann erforderlich, wenn zur Durchführung eines Vertrages ein Reichsgesetz erforderlich ist. Dieser Fall war beim Wiesbadener Abkommen nicht gegeben. Soweit zur Durchführung des Abkommens besondere Mittel erforderlich sind, werden sie selbstverständlich im Staatswege angefordert. Die Aufstellung der Reichsregierung hat die Zustimmung der Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses gefunden. Demgemäß hat der damalige Minister für Wiederaufbau auf Grund der Vollmacht der Reichsregierung den Vertrag unterzeichnet, der eine Ratifikationsklausel nicht enthält. Eine Ratifikation hat auch nicht stattgefunden. Das Nebenabkommen ist noch Gegenstand der Verhandlungen. Inzwischen hat die französische Regierung das Wiesbadener Abkommen den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt. Inzwischen ist auch das Bemelmans-Abkommen geschlossen worden. Nachdem die Reichsregierung sich entschlossen hat, zu diesem letzten Abkommen die Zustimmung des Reichstages einzuholen, erschien es ihr zweckmäßig, dem Reichstage auch das Wiesbadener Abkommen nachträglich zu unterbreiten.

Minister des Auswärtigen, Dr. Rathenau:

Unter dem Ausdruck „Neutralisierung“ kann man zwei rechtlich völlig verschiedene Bezirke verstehen. Soweit drunter zu verstehen ist, das Verbot für Deutschland, innerhalb der Rheinlande ständig oder zeitweise militärische Streitkräfte zu halten oder zu legen, so hat die dahingehende Forderung bereits in den Art. 42 und 43 des Vertrages von Versailles ihre Verwirklichung gefunden. Soll hingegen unter der Neutralisierung der Rheinlande die Schaffung eines neutralen Pufferstaates verstanden werden, so ist dem entgegenzusetzen, daß die Rheinlande auch nach dem Vertrag von Versailles ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches geblieben sind. Der Vertrag von Versailles enthält in der langen Reihe seiner Artikel nicht eine Bestimmung, auf die sich irgend eine Signatarmacht dieses Vertrages bei Erledigung einer dahinausgehenden Forderung stützen könnte. Die Reichsregierung erklärt, daß sie niemals für irgendwelche Zugeständnisse und mögen sie noch so groß sein, einverstanden sein wird, daß das Rheinland, das während der Besatzungszeit so oft keinen unerhöhrlichen Willen zum Festhalten an angekommenen Vaterlande bewiesen hat, preisgegeben oder in seinem Bestand geschädigt wird. (Lebh. Beifall.)

Zu der Interpellation über die Eisenbahnerlöschungspläne im Rheinland erklärt der Außenminister, der Friedensvertrag gebe den Alliierten nur das Recht, sich gegen deutsche Kriegsvorbereitungen zu schützen, nicht aber, störend und zerstörend in das deutsche Wirtschaftsleben einzugreifen. Die Reichsregierung werde kein Mittel unversucht lassen, um die Rottschaffterkonferenz von der Ausführung ihres auf falschen Voraussetzungen beruhenden Planes abzuhalten.

In der Beantwortung der Saargebiet-Interpellation

betont Dr. Rathenau die unangenehm komplizierte Rechtsstellung des von einer deutschen Bevölkerung bewohnten deutschen Saargebietes. Die Bevölkerung hat nicht das Recht der Mitbestimmung über ihre Geschichte. Sie wird regiert, wie im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. Wenn der Völkerbund mit der Ausübung eines solchen Regimes betraut ist, so ist das eine Entwürdigung der Idee des Völkerbundes (Lebh. Zustimmung.) Die Art, wie die Regierungskommission die Französisierung im Saargebiet eingeführt hat, ist nach Ansicht der Reichsregierung vertragswidrig und schädigt die Industrie des Saarbedens außerordentlich. (Hört, hört!) Die Regierung läßt im Einverständnis mit Preußen und Bayern sich die Belieferung des Saargebietes mit deutschen Waren und Lebensmitteln angelegen sein. Das Wirtschaftsleben des Saarbedens zeigt alle Merkmale der Instabilität. Die Regierungskommission verwalte das Land nicht, wie es ihre Pflicht wäre als Treuhänder, sondern sie benutzte vertragswidrig den französischen Staat. Es ist eine unbefriedigbare Vertrauensverletzung, daß sich im Saargebiet noch immer französische Truppen befinden und eine französische Gendarmerie, die u. a. die Aufgabe hat, über politisch hervortretende Persönlich-

keiten Listen zu führen (Hört, hört!) und die Beamtenchaft unauffällig zu überwachen. (Sturm. Hört, hört!) Es ist widerständig, daß die deutsche Bevölkerung des Saargebietes außenpolitisch durch Frankreich vertreten wird. (Sehr wahr!) Frankreich hat uns sogar zugemutet, ihm die Vertretung der in Deutschland wohnenden Einwohner aus dem Saargebiet zu übertragen. (Geschrei und Entrüstungsausdrücke.) Wir haben das natürlich abgelehnt. (Beifall.) Wenn die Regierungskommission einen besondern Begriff „Saarländer“ schaffen und das Saargebiet Deutschland gegenüber zum Ausland machen will, so verstößt sie gegen den Friedensvertrag. (Lebh. Zustimmung.) Eine weitere Vertragsverletzung ist die Französisierung des Schulweiens. Die wiederholten Beschwerden der Reichsregierung beim Völkerbund haben bisher keinen Erfolg gehabt und nicht die gebührende Beachtung gefunden. (Lebh. Hört, hört!) Die Regierung wird dennoch ihre Versuche in dieser Richtung nicht aufgeben. Das Verhältnis der Regierungskommission zur Bevölkerung zeigt das typische Bild einer Fremdherrschaft. (Hört, hört!) Die Mißachtung aller Wünsche der Bevölkerung hat zu einem äußerst unglücklichen Verhältnis geführt. In daß die Bevölkerung kein Vertrauen mehr zu dieser Fremdherrschaft hat. So unglücklich die Verhältnisse des Saargebietes sind, die Treue, mit der die Saarbevölkerung an ihrem Deutschland festhält, kann dem ganzen deutschen Volke als Vorbild dienen. (Lebh. Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes verbreitet sich als Beantworter der Interpellation der Unabhängigen im einzelnen über das schon bekannte Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen. Er spricht die Hoffnung aus, daß die verlagten Anteilverhandlungen bald wieder aufgenommen werden. Von einem Abbau der sozialen Vorkurse, der Erwerbslosenfürsorge oder des Neftkonduktors sei bei den Verhandlungen mit keinem Wort gesprochen worden. Ueber Maßnahmen, die bei einem Zustandekommen der Einleihe zu treffen sind, habe die Regierung noch keinen Beschluß gefaßt.

Der Reichstag beschließt hierauf die Besprechung der Interpellationen, die nach 6 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr verlagt wird.

## Die Konferenz im Haag.

Haag, 21. Juni.

Der englische Delegierte Lord Greame hat einem Vertreter der New York World erklärt, daß die 25 Staaten, die im Haag anwesend sind, sich vor dem Eintreffen der Russen keinesfalls an ein Problem zu binden gedenken und ebenso wenig die russische Delegation an ein Programm gebunden wird. Man wird im voraus keine zu haltenden Nebenverhandlungen, sondern man wird erst die Sowjetdelegation sprechen lassen und ihr dann bestimmte Fragen vorlegen, z. B. wie es mit der Bergbau- und Metallindustrie im Donezgebiet steht. Die Besprechungen werden sich nicht um theoretische Probleme, sondern um konkrete Tatsachen drehen.

## Die Kommissionen.

Haag, 21. Juni.

Heute ist die allgemeine, nicht russische Kommission zu einer Sitzung zusammengetreten. Auf Vorschlag des englischen Delegierten Greame wurde der holländische Delegierte Dr. Patyk zum Präsidenten der nicht russischen Kommission ernannt. Dr. Patyk erklärte dann in einer Rede, daß er bereit sei, das Amt anzunehmen. Zum Vizepräsidenten wurde auf Vorschlag der Franzosen der belgische Delegierte Caltier ernannt, zum Vorsitzenden des Unterausschusses für Privateigentum wurde auf Vorschlag Japans der englische Delegierte Greame, zum Vorsitzenden des Unterausschusses für die Schulden Inphand ernannt und für die Kredite Adocana. Der Präsident und Vizepräsident der allgemeinen Kommission, sowie die Präsidenten der Unterkommissionen werden das Bureau des Präsidiums bilden. Auf Vorschlag Caltiers wurde der Präsident der allgemeinen Kommission ausschließlich bevollmächtigt, mit dem Präsidenten der russischen Kommission in Verbindung zu treten und ihm die Zusammenstellung der verschiedenen nicht russischen Kommissionen mitzuteilen. Der holländische Delegierte Professor Struycken verlangte Auskunft darüber, ob schon Nachrichten von der russischen Sowjetregierung betreffend die Zusammenstellung der russischen Delegation eingelaufen seien. Der Präsident erwiderte, es sei, soweit ihm bekannt, von den Russen noch keine offizielle Nachricht eingelaufen, wohl aber eine Depesche, in der nach Passformalitäten und Unterkunft für die fünf Herren gefragt wird. Es wurde heute beschlossen, daß die Unterkommissionen ihre vorbereitenden Arbeiten anfangen sollen. Die erste Kommission für Privateigentum wird Sonnabend morgen 11 Uhr zusammentreten, die zweite um 11 und die dritte um 3 Uhr. Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

Haag, 21. Juni.

Heute ist aus Moskau eine Depesche eingelaufen, worin die Namen der Teilnehmer Litwinoff, Racowski, Krassin, Krejzinski und Solofnitow genannt sind.



## Hermes' Weinlieferungen.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages gegen den Minister Hermes hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der neben Zeugen auch Sachverständige vernommen wurden. In der Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge Regierungsrat Diel vernommen. Der Zeuge betonte, daß er die Sonderzuteilung an Zucker nicht für gerechtfertigt gehalten habe, da neben Zuderzuteilungen dem Ministerium bekannt waren. Auf Befragen von Dr. Herz bestätigte der Zeuge, daß er nach dem 9. März 1922, wo ihm Hermes amtlich über seinen Eindruck über die Zuderzuteilung vernommen habe, erklärt hat, daß er die darüber angenommene protokolllarische Erklärung nicht mehr aufrecht erhalten könne. Der nächste Zeuge, Geheimrat Jaffe, war Referent für die besetzten Gebiete. Er erklärt die Zuteilung sei aus politischen Gründen notwendig gewesen und von ihm befürwortet worden.

Es folgt dann die Vernehmung der Wein-Sachverständigen. Sie hatten die geschenkwaise Abgabe von Weinen für üblich, vermögen aber nicht einen einzigen Fall anzugeben, in dem sie in derartigen Mengen (etwa 600 Flaschen) vorgenommen worden ist. Die Frage der Produktionskosten lasse sich sehr schwer beantworten. Für die guten Sorten, die Hermes erhalten habe, seien aber auch die Gesehungskosten zwei- bis dreimal so hoch wie bei gewöhnlichen Weinen. Im Jahre 1920 und 1921, der Zeit der Abgabe der Weine an Hermes zum Preise von 3 Mark, habe der handelswert dieser Weine 60 bis 70 Mark betragen. Bei der Vernehmung des Sachverständigen Dr. Pöhlle, dem Generalsekretär des Verbandes zur Bekämpfung des Bestechungswesens, gibt es einen Zusammenstoß mit dem Abg. Dr. Kieffer (DfP.), weil dieser den Sachverständigen unterbricht. Der Vorsitzende legt aber den durch die Aussage des Sachverständigen verständlichen Zwischenfall geschickt bei. Dr. Pöhlle erklärt: Die im Geschäftsverkehr üblichen Reklamemethoden dürfen nicht Formen annehmen, durch die auch Gegenstände zu Zuwendungen benutzt werden, die einen Verkaufswert darstellen. Wenn Direktor Faust, der Lieferant der Weine, auch an den Verhandlungen über die Zuderzuteilungen mitbeteiligt gewesen ist, dann geht diese „Reklamemethode“ über das zulässige Maß weit hinaus. Man muß bei Geschenken unterscheiden, an wen sie gehen und bei Beamten prüfen, ob man sie nicht in einen Pflichtenkonflikt bringt. Fausts „Reklamemethode“ ist eine große Gefahr für unsere Beamten. Im Falle Hermes mußte die Geschenkwelung den Beamten (Hermes) in einen Gewissenskonflikt bringen, weil er auch über die Zuderzuteilung zu entscheiden hatte. Die „Propaganda“ von Faust habe deutlich abgezielt auf den Minister Hermes.

Abg. Herz stellt die folgenden Daten fest: Herbst 1919 Zuteilung von 50 000 Mark an den Wingerverband, April 1920 erster Weinbezug, Dezember 1920 Zuderzuteilung, Februar 1921 zweiter Weinbezug, und folgert aus diesen Daten den inneren Zusammenhang zwischen der Geschenkannahme und der Zuderzuteilung. — Nachdem noch Geheimrat Jungel als früherer Leiter der Reichszuckerstelle erklärt hat, daß er sich gegen solche „Liebesgaben“ stets gewandt habe, beschließt der Ausschuss eine nichtöffentliche Sitzung, in der Direktor Faust die in der vorigen Sitzung abgelehnte Frage vorgelegt wird, an welche beamtete Persönlichkeit der Wingerverband sonst noch Weinwendungen hat gehen lassen. Der Zeuge erklärt, daß es für ihn eine „Qual“ sei, darüber auszusagen, äußert aber schließlich, daß kein Minister und kein Staatssekretär sowie kein Beamter des Ernährungsministeriums billige Weinwendungen erhalten habe.

## Die Arbeitszeit der Beamten.

Im Reichsfinanzministerium begannen am Dienstag vormittag die Verhandlungen über die Neuregelung der Gehalts- bzw. Lohnverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Die Regierungsvertreter legten den Gewerkschaften Richtlinien vor, nach denen neue Besoldungs- und Lohnerhöhungen von Maßnahmen abhängig gemacht werden sollen, die eine wirtschaftlichere Gestaltung des Dienstbetriebes bei den Behörden ermöglichen. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erzählt, haben die Richtlinien folgenden Wortlaut:

1. Unbeschadet der für die Beamten bestehenden Verpflichtung, ihre volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen, beträgt die regelmäßige Dauer der wirklichen Arbeitsleistung im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche oder 208 Stunden im Monat.

2. Arbeitsunterbrechungen, während deren die Dienst- oder Arbeitsstelle verlassen werden darf (Pausen), gehen nicht als Arbeitszeit. Die Pausen sind regelmäßig im voraus zeitlich festzulegen.

3. Arbeitsunterbrechungen, während deren ein Bediensteter ohne wirkliche Arbeitsleistung auf der Dienst- oder Arbeitsstelle anwesend zu sein hat, um nach Bedarf Arbeit zu leisten, werden in der Regel mit höchstens der Hälfte ihrer Dauer auf die Arbeitszeit angerechnet, wenn sie im einzelnen die Zeit von fünf Minuten überschreiten.

Soweit Arbeitsunterbrechungen der in Abs. 1 bezeichneten Art nicht im voraus festgelegt werden können, ist der Durchschnittswert ihrer Dauer auf die Arbeitszeit anzurechnen.

4. Die Frage der Festsetzung einer Höchstgrenze für Dienstzeiten, die im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche oder 208 Stunden im Monat überschreiten, bleibt vorbehalten.

5. Diese Richtlinien gelten für die Beamten, Angestellten und Arbeiter aller Behörden und Dienststellen der Reichsverwaltung.

Mit Recht habe die Organisation gegen eine Verquickung der Besoldungs- und Lohnerhöhungen mit den vorstehenden Richtlinien protestiert. Die Regierung mußte einsehen, daß sie mit der geplanten Taktik sich nicht ohne weiteres durchsetzen konnte und schlug infolgedessen Parallelverhandlungen vor. Ob diese Sonderberatungen, die sich auf die Richtlinien und getrennt auf die Besoldungs- bzw. Lohnerhöhungen beziehen sollen, zustandekommen, erscheint noch sehr fraglich.

## Hüter der Staatsgewalt.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags bereite Minister des Innern Severing noch einmal offenbenen, die nachträgliche Reise Hindenburgs durch Ostpreußen als bei jeden parteipolitischen Einschlags hinfällig, eine kräftige Absfuhr. Er wies noch einmal darauf hin, daß selbst die Mitglieder der Volkspartei im Kabinett Bedenken gegen die Reise geäußert hätten und daß sich der Regierungspräsident von Allenstein, ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, freiwillig erbot, auf General v. Geyl dahin zu wirken, daß die Reise unterbleibe. Der Minister des Innern wies weiter darauf hin, daß

ter gegen ihren Willen auf Lastwagen nach den Orten zu bringen, durch die Hindenburg kommen sollte, daß Schulfinder aufgeboden werden sollten und daß die Paraden einen militärischen Charakter tragen sollten. Unter diesen Umständen sei es Pflicht der Regierung gewesen, die Behörden anzuweisen, sich nicht mit diesen politischen Veranstaltungen zu identifizieren. Wie gefährlich das Unternehmen auspolitisch gewesen sei, gehe daraus hervor, daß zwei Offiziere der Entente-Kommission das Gebahren der Kriegsgewerke beobachteten. Es sei zu befürchten, daß die Disziplinäre noch außenpolitische Schwierigkeiten zeitigen werden. Im weiteren Verlauf der Debatte wies Severing unter Heiterkeit und lebhaftem Beifall die außenpolitische „Hilfe“ der „verdienten Opposition“ ironisch zurück. Abg. Heilmann (Soz.) ergänzte die Ausführungen des Innenministers. Die Beratung wurde auf Dienstag 11 Uhr vertagt. (Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Interpellation der Deutschnationalen betreffend die Kriegsschuld.)

## In Berlin wie in Lübeck.

### Überall Flaggenabgabe.

Der „Vorwärts“ schreibt: Am 17. d. M. sollten nach den Anordnungen der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung in Berlin wie im ganzen Reich sämtliche öffentlichen Gebäude Halbmast flagen. Bei dieser Gelegenheit konnte man wieder einmal einige erbauliche Dinge beobachten. Das staatliche Opernhaus hat noch immer keine verfassungsgemäße preussische Fahne (einfach schwarzweiß), sondern hülte die alte preussische königliche Kriegsfahne mit dem großen Eisernen Kreuz. Eine merkwürdige Sparlamkeit der Intendantur! Die staatlichen Museen in der Prinz-Albrecht-Straße hatten überhaupt nicht geflaggt; anscheinend besitzen auch sie noch nicht die seit Monaten vorgeschriebene neue Fahne. Die Universität besitzt zwei Flaggenmasten. Nach einer vor längerer Zeit erlassenen Verfügung des Preussischen Staatsministeriums hätte sie also eine preussische Fahne und auf dem zweiten Mast die Reichsfahne aufziehen müssen. Anscheinend hat man sich aber nicht getraut, die Herren deutschnationalen Bierstudenten durch das Hisen der Reichsflagge zu „propagieren“ und sich deshalb mit dem Hisen zweier preussischer Fahnen lieber über die Regierungsverfälschung hinweggesetzt. Sehr eigenartig wirkte das zum Reichsministerium gehörige Gebäude des ehemaligen Kriegsministeriums in der Leipziger Straße neben dem Abgeordnetenhaus. Um nicht in die Verlegenheit zu geraten, die „Sudenfahne“ aufziehen zu müssen, haben die Herren Militärs entgegen der Verfügung ihrer vorgesetzten Behörde überhaupt nicht geflaggt, und so standen denn alle vier Flaggenmasten dieses großen Gebäudes leer und verwaist da. Eigenartige republikanische Beamte scheinen auch in der Verwaltung des Potsdamer Bahnhofes zu sitzen, der ebenfalls die Reichsflagge hätte hissen müssen, aber, aus Gründen, die vielleicht festzustellen wären, überhaupt keine Fahne aufgezoogen hatte. Dafür aber prangte der Bahnhof Botanischer Garten der doch ebenfalls zur Reichseisenbahn gehörigen Wannseebahn im Schmucke einer prächtigen schwarz-weiß-roten Fahne!

Man sieht also, daß selbst ein nationaler Trauertag wie der 17. Juni die Herrschaften von der Reaktion nicht zum politischen Anstand erziehen und sie nicht veranlassen kann, ihre Parteinteressen hinter ihrer Beamten- und Staatsbürgerpflicht zurückzustellen. An die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden aber richten wir die formelle Anfrage, was sie mit den verantwortlichen Verwaltern der öffentlichen Gebäude zu tun gedenken, die sich glatt über die ministeriellen Anordnungen hinweggesetzt haben?

## Auf dem Feldherrnhügel.

### Ein Reichwehrausflug auf den Fichtelberg.

Aus dem Erzgebirge wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die militärischen Vorgesetzten des Herrn Geyler hielten es vor einigen Tagen für angezeigt, den Tschechen einmal eine Probe ihres militärischen Glanzes zu zeigen. In 15 Reichwehrautos kamen preussische, sächsische, bayerische und andere Generalführer in Paradeuniform auf den Fichtelberg, hart an der tschechoslowakischen Grenze. Fast alles Generale und andere hohe Offiziere, gefahren nicht von „gewöhnlichen“ Chauffeuren, sondern von Chargen, ganz wie bei einer Festparade. Die Herren kamen mit ihren Autos von Bad Elster, wo sie (zweits strategischen Studiums oder weils dort auch sonst sehr angenehm ist?) auf mehrere Tage sich in den feinsten Hotels einquartiert haben. Außer den besetzten Autos führten die hohen Herrschaften vier unbesetzte mit sich, um bei etwaigen Pannen für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Wie uns ein Chauffeur mitteilte, kostete allein das Benzin für einen einzigen leeren Wagen von Bad Elster bis auf die Höhe des Fichtelberges über 1100 Mark — man kann sich da ungefähr ausrechnen, was da die gesamte Spritzfahrt den Steuerzahlern gekostet hat. Wie unser Gewährsmann zu beobachten Gelegenheit hatte, kamen die Herren an, genossen die herrliche Aussicht und setzten sich dann eiligst zum Diner nieder, das mehrere Stunden dauerte, und ausserlebens Genüsse aufwies. Das war ihr ganzer Dienst! Einer der Generale erzählte während einer Zwischenspauke einem fremden Chauffeur, daß man sich auf einer „Grenz-Inspektionsreise“ befindet.

Natürlich erregte die Kavalkade großes Aufsehen — nicht nur bei den gerade anwesenden deutschen Steuerzahlern, sondern erst recht bei den dort wohnenden Tschechen. Es war nur zu erklärlich, daß gar bald die wildesten Gerüchte umherzuwirren und diese fanden durch das Auftreten der Offiziere weitere Nahrung.

Wir fragen Herrn Minister Geyler, ob er von dieser kostspieligen Spritzfahrt der 15 Automobile etwas weiß. Und fragen weiter, ob sich derartige „Inspektionsreisen“ in Gegenden, die bereits tausendmal inspiziert sind, nicht angesichts unserer Finanzlage von selbst verbieten? Und wir fragen endlich, ob die Veranlasser dieser prunkhaften Kavalkade auch ihre politischen Wirkungen bedacht haben?

## „Schlagt die Juden tot!“

### Dieser Ruf gefährdet nicht den öffentlichen Frieden.

Im März dieses Jahres kam es nach einer Demonstration im Berliner Lustgarten zu deutsch-völkisch-antisemitischen Ausschreitungen im Berliner Westen. Es hatte sich ein Zug gebildet, der unter Borantragung einer schwarzweißroten Fahne nach dem Kurfürstendam 399 und alle Passanten, die für Juden gehalten wurden, in der gemeinsamen Weise anpöbelte. So wurde z. B. eine Gruppe von Ausländern aus einem Balkanstaat, die man wegen

mißhandelt. Bei diesen Szenen tat sich ein gewisser Dr. Max Rym hervor, der durch fortwährende Rufe: „Schlagt die Juden tot!“ zu Gewalttaten aufreizte. Zwei jüdische Herren, die zufällig in den Demonstrationenzug geraten waren, sahen sich ernstlich bedroht, und als der eine von ihnen an jenen Rym herantrat, um ihn zur Rube zu stellen, wurde er in unflätigster Weise beschimpft. Der Beleidigte veranlaßte durch einen Schutzmann die Feststellung der Personalien jenes Rädelsführers, gegen den dann beim Landgericht 1 eine Klage wegen Aufreizung und Beleidigung eingereicht wurde. Obwohl für beide Vergehen mehrere glaubhafte Zeugen namhaft gemacht wurden, verfügte der Oberstaatsanwalt von Clausen die Einstellung des Verfahrens! Er hält, wie es in der Motivierung dieser überraschenden Verfügung heißt, den Nachweis nicht für erbracht, daß die Aufreizung des Beschuldigten den öffentlichen Frieden gefährden konnten. Er meinte also offenbar, daß bei den Mißhandlungen von Juden der Ruf „Schlagt die Juden tot“ zur Befähigung diene. Wegen der Beleidigung verweist der Klagesteller auf den Weg der Privatklage.

Gegen den Einstellungsbeschluss ist von den Antragstellern Beschwerde eingelegt worden. Das Verhalten des Oberstaatsanwalts Clausen fordert die schärfste Kritik heraus. Dieser Herr glaubt wohl noch im alten Obrigkeitsstaat zu leben, wo die Staatsanwälte instruiert waren, lediglich gegen links vorzugehen. Es wäre jedenfalls erwünscht, wenn der Herr Justizminister diesem Staatsanwalt den Standpunkt klar macht.

## Suänen der Volkswirtschaft.

Ein Inserat im „Berliner Tageblatt“ hebt ein wenig den Schleier, unter dem sich der volksverheerende Wucher an Lebensmitteln sonst verdeckt. Das Inserat lautet:

### Wäutung!

Zwei tüchtige Fachleute (Zinnungsmeister) suchen Geldmann mit:

### 2 Millionen

zur Gründung einer Engros-Schlachtereier, reelles Unternehmen, bei wöchentlicher Gewinnbeteiligung von 50—60 000 Mark. Risiko vollständig ausgeschlossen.

Off. unter. . . an Rudolf Mosse, Frankfurt Alee 346.

Ein wöchentlicher Gewinn von 50—60 000 Mark bei einem Kapital von zwei Millionen, das bedeutet eine Verzinsung mit etwa 150 Prozent!!!

Soweit ist es gekommen, nachdem der Wucher besonders der Großgärtner ins Schrankenlose stieg, daß jetzt auch die gewerblichen Lebensmittelhändler den maßlosen Raubzug auf die Taschen des Volkes ungehindert ständig erweitern können.

Daher die wahnwitzigen Fleischpreise! Welche aufreizende Perspektive für die Brotpreise nach der drohenden Aufhebung der Zwangswirtschaft!!!

## Volkswirtschaft.

### Norwegischer Wirtschaftsbericht.

Aus Norwegen wird uns geschrieben:

Der Notenumlauf ist im Mai von 585,5 auf 572,2 Millionen Kronen gesunken. Das Preisniveau war im Monat unverändert. Der Devisenmarkt war unruhig mit steigender Tendenz für fremde Devisen. Der Obligationenmarkt war lebhaft, aber die Kurse waren im Weichen. Der Aktienmarkt war still mit sehr wenig Umsatz. Auf dem Holzmarkt war das Interesse für Schnittholz minimal, Hobelbretter waren aber sehr nachgefragt, besonders aus den überseeischen Ländern, doch sind die Preise unvorteilhaft. Der Papiermarkt ist lebhaft, die Preise aber niedrig. Mechanische und chemische Holzmasse ist sehr nachgefragt. Der Frachtmarkt ist still und der Ueberfluß an Tonnage ist groß. Die Dorfschiffereien waren sehr reich, und das Totalquantum, das größte seit acht Jahren, wurde auf 5,4 Millionen Kronen geschätzt. Die Matrosenschiffereien haben einen guten Ertrag gegeben. Das Ergebnis des Walfischfanges ist nicht so groß wie im vergangenen Jahre, die Preise auf Del aber höher. Der Fang ist meistens schon verkauft.

## Butterauktion.

Hamburg, 22. Juni.

### Die Butterpreise steigen wieder.

In der Butterauktion am 21. Juni gingen bei geringeren Zufuhren als in der letzten Auktion am 14. Juni die Preise etwas höher. Die Preise bewegten sich von 60,50 bis 64.— Mk. das Pfund gegen 60.— bis 61,95 Mark in der vorwöchigen Auktion. Zu obigen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 2 Prozent Kavelinggeb.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 22. Juni.

### Amliche Bevisennotierung an der Berliner Börs.

		21. Juni.	20. Juni.
Amsterdam	100 fl.	12484,35	12659,15
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2676,65	2671,65
Kristiania	100 Kr.	5413,20	5543,05
Kopenhagen	100 Kr.	6941,90	6961,25
Stockholm	100 Kr.	8329,55	8339,55
Helsingfors	100 finn. Mk.	699,10	711,10
Rom	100 Lire	1593.—	1598.—
London	1 £	1438,20	1440,65
New York	1 Doll.	324,84	325,59
Paris	100 Frs.	2826,45	2806,45
Zürich	100 Frs.	6157,25	6182,25
Madrid	100 Pesetas	5078,65	5078,60
Wien	100 K.	2.25 1/2	2.30 1/2
Prag	100 K.	620,20	637,20
Budapest	100 K.	33,85	34,20

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 21. Juni: D. Bürgermeister Lafrenz von Burgstaaken in 4 Std., D. Viking von Svendborg in 1 1/2 Tg., D. Ostfries von Hamburg in 2 Tg., S. Hinrichs von Warbus in 2 Tg., S. Nathanael von Faxö in 2 Tg., D. Rufus von Wilhelms-haven in 6 Tg., D. Gacile von Kopenhagen in 2 Tg., D. Marita von Alborg in 2 Tg., D. Pauline Hausub von Stockholm in 2 1/2 Tg., D. Murmal von Burgstaaken in 4 Std., D. Geindal von Stockholm in 2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seberz für Freiheit Lübeck und Freiheit Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg.

# Sport- und Unterwäsche

für den Sommer

zu vorteilhaften Preisen.

(3524)

Herr.-Eins.-Hemden	dopp. Brust, mit gestr. Perkal . . . . .	148 <sup>00</sup>
Herr.-Eins.-Hemden	Mako imit. m. Ripseins. 4-6 . . . . .	168 <sup>50</sup>
Herr.-Mako-Hemden	imit. in Ja. Ausführg. 4-6 . . . . .	174 <sup>50</sup>
Eleg. Herr.-Hemden	echt ägyptisch Mako, 4-6 . . . . .	210 <sup>00</sup>
Herr.-Mako-Hosen	imit., in weiß u. naturfarb. 4-6 . . . . .	144 <sup>50</sup>
Prima Mako-Hosen	porös, angen. i. Tragen, 4-6 . . . . .	164 <sup>50</sup>
Herr.-Mako-Jacken	imit., m. lang. Ärmeln, 4-6 . . . . .	134 <sup>50</sup>
Knab.-Sporthemden	in bw. Flanell u. Zephir, 2-12 . . . . .	74 <sup>50</sup>
Knab.-Sporthemden	mit Schillerkr. u. Mansch. 2-12 . . . . .	86 <sup>50</sup>
Bursch.-Sporthemden	mit Stehmuldegekragen 7-12 . . . . .	115 <sup>00</sup>
Dam.-Schlupfbeckkleider	in wß. u. feinfarb. . . . .	69 <sup>50</sup>
Dam.-Schlupfbeckkleider	m. Volant, i. versch. Farben . . . . .	94 <sup>50</sup>

## Hans Struve

Lübeck  
Königstraße 87-89  
Ecke Wahnstraße

Rendsburg Neumünster Itzehoe

Br. Dam.-Spang.- u. Halbschuhe 420.-, 400.-  
Br. Kind.-Stiefel 27/30 375.-, 31/35 450.-  
Braune Herren-Halbschuhe . . . . . 575.-  
Schwarze Herren-Halbschuhe 540.-, 520.-  
Schwarze Damen-Stiefel, Herr.- u. Kinder-Stiefel  
F. Lücht, 3555 Hürstr. 59.

### Betriebs-Versammlung

der Firma  
**Carl Thiel & Söhne**  
heute Donnerstag,  
den 22. Juni  
abends 7 Uhr  
in Friedrichshof.  
(Großer Saal.)  
Bericht über die statt-  
gefundenen Verhand-  
lungen. (3541)  
Der Arbeiterrat.

### Deutscher Transportarbeiter- Verband.

Ortsverwaltung Lübeck. (3548)

### Versammlung der Kohlenplatarbeiter- Kutscher und Eisenarbeiter

am Freitag, den 23. Juni  
abends 7 1/2 Uhr,  
im **Gewerkschaftshaus.**  
Tagesordnung:  
**Bericht der  
Lohnkommission**

### Versammlung der Lohnarbeiter

am Freitag, den 23. Juni  
abends 7 1/2 Uhr,  
im **Gewerkschaftshaus.**  
Tagesordnung:  
**Stellungnahme zur Ent-  
wurf des Arbeitsvertr.**  
Mitgliedsticker sind  
vorzulegen.  
Die Ortsverwaltung.

### Emerbier

Freitag von 4-6 Uhr  
(3550) Brauerei Stamer.

Freitag u. Sonnabend:  
**Prima feinste  
Garnfarbener  
lebender Kitz, billig!**  
**Jobs. Bog,**  
Mühlstr. 46/47.  
Tel. 377, 3555

## Johannisfeier der Buchdrucker

am Sonntag, dem 25. Juni 1922  
im **Kolosseum.**  
Großes Sulanke-Gartenkonzert. Ball.  
Anfang 4 Uhr. (3526)

### Deutscher Bauarbeiter-Verband Lübeck.

## Sommerfest

Sonntag, 25. Juni 1922  
im „**Konzerthaus Lübeck**“.  
Von 9-1 und 4-7 Uhr:  
Serenenschicken.  
Von 4-6 Uhr:  
Konzert, sowie Damen- und Kinder-  
Belustigungen.  
Von 6 Uhr an: Ball.  
Eintritt für Herren 7.80, einschl. Steuer.  
Damen 6.50  
Hierzu ladet freundlichst ein  
3539) Das Festkomitee.

## Weißer Engel. Großer Ball.

Jeden Sonntag und Freitag: (3523)

## KOLO SSEUM

Morgen Freitag, den 23. Juni:  
Nachm. v. 4-7 Uhr. Abends 7 1/2-11 Uhr.

## Garten-Konzert

Leitung: Kapellmeister Sulanke  
unter Mitwirkung von  
Fr. Mariechen Ohde,  
Herrn Moritz Hartmann  
vom hiesigen Stadttheater. (3551)

### Eintritt Morgen, Lang, Damen (3533) Freitag, Lang, Eintritt frei.

### Kommunistische Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Ortsgruppe Lübeck.  
Freitag, den 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr:  
Große öffentliche

## Volks-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Segen die Reaktion. Referent:  
Genosse Martin Müller, Hamburg.  
2. Freie Aussprache.  
Arbeiter, Angestellte, Beamte, gestaltet diese  
Versammlung zu einer machtvollen Demonstration!  
Erscheint in Massen! (3545)  
Zur Deckung der Unkosten Mk. 1.-.

## Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck.

### Außerordentliche Auswahlprüfung der Vertreter

Donnerstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr pünktlich  
in der Schiffergesellschaft, Eingang Engelgrube.  
Tagesordnung:  
1. Sühnungänderung (Erhöhung des Grundlohns  
und der Kassenbeiträge, Änderung der Kassen-  
leistungen, Versicherung der Hausgewerbe-  
treibenden).  
2. Änderung der Dienstordnung (Gehalts-  
erhöhung) und der Bestimmungen der Kasse über die Ge-  
währung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-  
renten.  
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.  
Bei Behinderung des Ausschussmitgliedes  
wird der Vertreter angezogen, wenn dies spätestens  
3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt  
wird.  
Die Ortsmänner der Ausschussvertreter  
können der Versammlung als Zuhörer beizumohnen.  
Lübeck, den 21. Juni 1922. (3528)  
Der Vorsitzende des Vorstandes,  
Joh. Körner.

## Wer heute kauft, kauft billig!!

Hochglanz schwarze und braune Herren- und  
Damen-Stiefel. Große Auswahl in erstklassigen  
Schuhwerk ohne Nachl. lange Stiefel, 1 Posten  
hohe Kinderstiefel, Preis Mk. 275.-, feld-  
grau, Pilot- u. Drei-Bojen, feldgrau, Ziegen,  
Leinwandgüte, moderne neue Hüte,  
Damenmantel, 1 Wintermantel  
und vieles andere mehr!

## O. Schröder Balauerföhr 12. (3557)

## Ullstein- Schnittmuster



zur  
**Selbstschneiderei**  
für die  
**Kleinen**  
und  
Stoffe bester Qualität  
kauft man vorteilhaft im

## Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck.

Die höchsten Tagespreise für  
**Metalle, Eisen, Lumpen,  
Papier, Alfen usw.** zahlt  
**Fr. Erdmann, Glöckengießerstr. 61**  
(3525) Fernruf 2751.

### Versteigerung.

Dienstag, den 27. Juni  
a. c., vormittags 11 Uhr  
kommt im Auftrage des  
Herrn Dr. jur. H. von  
Brocken als Zeilament-  
vollstrecker das Haus  
**Fleischhauerstr. 53**  
zum Aufgebot. (3532)  
Kaufstehhaber werden  
erlaubt, sich rechtzeitig  
dasselbst einzufinden.  
Besichtigung am Frei-  
tag, dem 23. Juni und  
Sonnabend, dem 24. Juni  
vormittags von 9-12 1/2  
Uhr.  
Lübeck, den 19. Juni 1922  
**Emil Tschau,**  
beidseitiger Versteigerer.

### Wir sind billig!

Herrenbarthen	Meter	38 <sup>00</sup>
Oxford	Meter 49.-	36 <sup>00</sup>
Schürzenstoffe	118 cm breit, Meter 69.-	64 <sup>00</sup>
Handtuchstoffe	Meter 92.-	28 <sup>50</sup>
Regatta	78 cm breit, Meter	49 <sup>50</sup>
Kleiderstoff	schwarz-weiß # Meter	59 <sup>00</sup>

**Herrenwäsche und Nessel**  
in hervorragenden Qualitäten.

**Inlett für Ober-Unter-  
betten u. Kissen.  
Damast u. Streifsaft**  
sehr preiswert! (3535)

**Wair** schwarz und weiß Stern I  
Beachten Sie bitte unfr. Schaufenster!

## Walter Griephan & Co.,

Lübeck, Huxstr. 74.

### Emerbier.

Freitag von 4-6 Uhr  
(3540) Brauerei Wilcken.  
Engelswisch  
sowie Arminstr. 21a.

### Meislinger Baum.

Morgen Freitag  
Anfang 7 Uhr  
Vornehmes Tanzkränzchen  
unter Mitwirkung der  
russisch-nationaltänzerin  
Fr. Dollmatoff.  
Moderne Länge.  
Dezente Musik.  
(3566) Rud. Jada.

### Hansatheater.

Sommerspielzeit 1922.  
Künstlerische Leitung:  
Direktor Walter Ries.  
Nur noch bis Sonntag,  
den 25. Juni.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Der große Erfolg

### Der Werwolf . . .

Größtes Lustspiel  
in 3 Akten von Gana  
mit Hildegard Röhrs  
als Gast. (3525)  
Intimes Orchester.  
Jugendliche  
unter 18 Jahren haben  
keinen Zutritt.

### Verkauf von Schuhwaren

wie: Herren-, Damen- und Kinderstiefel  
1 Posten starke (3527)  
Arbeitsstiefel, Sandalen, Turnschuhe usw.  
**Leder im Ausschnitt und sämtliche  
Bedarfsartikel für Selbstbesohler.**  
Schuhreparaturen und Stepperei  
bei vorheriger Preis-Angabe.  
Gummi-Sohlen und Gummi-Absätze können  
gleich umgeschlagen werden.

## C. Brandt, Balauerföhr 4

Schuhwaren und Schuhreparatur.

### Wir sind billig!

Das reelle Einkaufshaus  
für Arbeiter und jeden Beruf.  
Eleg., preiswerte, reelle  
**Schuhwaren.**

Herrenstiefel mit u. ohne Lacktappe  
von 450 M. an.  
Herrenstiefel, braun, . . . . . 645 M.  
Damenstiefel mit u. ohne Lack-  
tappe von 405 M. an.  
Damenstiefel, braun . . . . . 580 M.  
Damenstiefel, Schnür u. Spangeln  
von 345 M. an.  
Sehr starke Kinder-Stiefel, i. all. Gr.  
1 Post. sehr starke Arbeitsst. 398.-  
Weiße Leinwandstiefel, Sandalen,  
Zahnstiefel, Gamsstiefel, Pantoff.  
1 Post. Lederstiefel . . . . . 245 M.

### Reihe u. elegante Damen-Konfektion

Damen-Kostüme 375.-, 675.-  
und besser.  
Damen-Mantel 450.-, 650.-  
und besser.  
Apsakos, Seidens, Wollmantel,  
Strickjacken, Jumper, Röcke  
69.50, 125.-, usw.

### Reihe u. eleg. Herren-Konfektion

1 Posten Herren-Gummimantel  
1550.-, 1675.-, 1950.-  
Starke Arbeitsstiefel . . . . . 245.-  
Starke feldgraue Stiefel 425.-  
Manchesterhosen . . . . . 395.-  
Herrenpaleto . . . . . 425.-  
Schuhe, Hüte, Anzüge, Geh-  
rocken, Güte, Mägen,  
Unterzeuge. (3552)

Starke Anordnungen für Arbeiter  
und jeden Beruf.

## Ehlers & Reetwisch

Hörsingstr. 1. Et. Petri 2 u. 4.

**Müller's billige Fleischwurst, Mühlstraße 83-85.**  
Gabe dem Hofmeister Meierhofer geschlichtet.  
Geburtsd. 30. 11. 1891. Beruf: Revisor. 604.  
Geburtsd. 30. 11. 1891. Beruf: Revisor. 604.  
Geburtsd. 30. 11. 1891. Beruf: Revisor. 604.  
Geburtsd. 30. 11. 1891. Beruf: Revisor. 604.  
Geburtsd. 30. 11. 1891. Beruf: Revisor. 604.

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 22. Juni.

### Der Tanz um den Geldschein.

Daran glaubt kein Mensch mehr, daß die täglichen Preissteigerungen begründet sind in den „Gestehungskosten“. Wo die Ursache liegt? Die Entwertung des deutschen Geldes auf dem Weltmarkt und die rückwärtslose Profitmacherei, lieber deutscher Mitbürger. Ein Hauptgrund der ungeheuren Preissteigerung in den Großstädten ist in den ländlichen Verhältnissen zu suchen. Der Produzent, ob Kleinbauer, ob Großgrundbesitzer, gewöhnt sich immer mehr daran, mit Papiergeld überhaupt nicht mehr zu rechnen, sondern seiner Kalkulation die Goldwährung zugrunde zu legen. Und mit kleinen Geldscheinen geben sich verschiedene Herren auf dem Lande gar nicht mehr ab. Passierte es doch vor einigen Wochen einem hiesigen Händler, der seine Monatsrechnung im Tavemünder Winkel begleichen wollte, daß er mit seinen Hundertmarktscheinen nach Hause geschickt wurde, weil die Bauern die Schuld in Tausendern bezahlt haben wollten. Von den Hunderten haben sie schon genug.

Das Schwanken der Preise auf dem Lebensmittelmarkt ist ein getreuer Maßstab der Schwankungen auf dem Devisenmarkt. Und wird es immer mehr werden. Aber mit dem Wetter und sonstigen Produktionserschwernissen haben die Preissteigerungen wenig zu tun. Die Konsumenten sind den Menschen, die Waren besitzen, überantwortet. Die können frei verfügen. Wenn hier die Preise nach ihrer Meinung zu niedrig sind, verschieben sie die Waren an andere Orte. Oder sie lassen durch Lagerer haltbare Ware in den Preis „hineinwachsen“. Das können sie alles, der Handel ist „frei“, die wirtschaftlichen Kräfte können sich ausleben.

Ein Bild in die Auslagen der Läden oder ein Gang durch die Markthalle läßt einem die Haare zu Berge stehen. Da hilft die schönste Haushaltsrechnung nichts mehr. Das kleine Körbchen der sorgenden Hausfrau ist immer noch zu groß, und wenn sie „noch so viel“ Geld für den Einkauf eingeklebt hat. Ziehen wir doch nur einige Preise der wichtigsten Lebensmittel an. Die zweifelhaften alten Kartoffeln mit ihrem vielen Abfall kosten 2-2,50 Mk. per Pfund, neue 17-18 Mk. Erbsen 12-15 Mk., Salat 2 Mk., ein Hering 2,50-5 Mk. usw. Die Fischräucherwaren halten sich auf respektablem Höhe, Fleisch ist unerschwinglich. Wer kann 60-100 Mark für ein Pfundchen bezahlen? Bei Wursthwaren gilt das gleiche, bei Käse nicht minder. Die sogenannten billigeren Sorten haben mit Käse gar nichts mehr gemein und gehören in ein chemisches Laboratorium. Das Ei ist glücklicherweise auch schon auf 5,40 Mk. hinaufgekuckelt. Erdbeeren und Kirichen sind nur für die Geldmenschen zu haben, 20-24 Mk. ist ihr Preis. Die Natur wirkt hier nicht für das Volk. Ueber die steigende Kurve gibt ja auch unsere wöchentliche Lebensmittelpreistabelle des Stat. Amtes fürchterlich drohende Auskunft.

So geht der Tanz von Woche zu Woche weiter. Alles tanzt durcheinander: Menschen und Dinge, Profitgier, Verzweiflung, Not, Empörung. Ueber alles flattern schmutzige Papiercheine — die große Sehnsucht, die große Lüge.

### Die Ein- und Auswanderung.

Aus der vom Reichswanderungsamt bearbeiteten Denkschrift über „Ein- und Auswanderung nach bzw. aus Deutschland in den Jahren 1910 bis 1920“ sind folgende Zahlen von allgemeinem Interesse.

Die Einwanderung wird für die Kriegs- und Nachkriegszeit bis Anfang 1920 auf rund 1 Million Personen geschätzt. 190 000 bis 200 000 davon sind Auslandsdeutsche, 20 000 Kolonialdeutsche, der größte Teil der deutschen Bewohner der ehemaligen deutschen Kolonien, sind in dieser Zahl einbezogen. Infolge der Würtzungen in Ost und West sind etwa 625 000 Deutsche von ihrem bisherigen Wohnort vertrieben worden, darunter 120 000 Ostpreußen und rund 1/2 Million Deutsche aus den Ostprovinzen. Auf nicht weniger als 100 000 Personen belaufen sich die aus Rußland zurückgekehrten Deutschstämmigen, von denen allerdings bereits 30 000 wieder abgewandert sind.

Zu ihnen treten 25 000 Balten, von denen etwa 5000 wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Der Ueberfluß der Einwanderung über die Auswanderung an Ostjuden wird auf 50 000 bis 60 000 Personen genommen.

Die Auswanderung hat nur festgestellt werden können, soweit sie über See erfolgte. Die sicherlich noch größere Auswanderung über Land konnte mangels einer statistischen Erfassung der Auswanderer an den Landgrenzen nicht ziffernmäßig belegt werden. Schon im ersten Nachkriegsjahr 1919 belief sich die Auswanderung über See trotz der großen Widerstände auf 3751 und erreichte 1920 9607 Personen. Verglichen mit den Zahlen der Vorkriegszeit ist die Auswanderung 1920 gering gewesen; berücksichtigt man aber die Schwierigkeit der Zulassung in den meisten ehemals feindlichen Ländern und die gewaltigen Kosten, die bei dem schlechten Stand der deutschen Währung die Preise verschlingt, so war sie doch verhältnismäßig beträchtlich. Wie inzwischen aus anderen Quellen bekannt geworden ist, sind in Jahre 1921 bereits wieder 23 451 Deutsche in überseeische Länder ausgewandert. Dazu tritt eine nicht unerhebliche Auswanderung in das europäische Ausland.

### Strafkammer.

Die gestohlenen Hochzeitsgeschenke. Am Mittwoch hatten sich der Handlungsgehilfe W. und der Fuhrmann H. nebst zwei seiner Töchter wegen Diebstahls resp. Hehlerei zu verantworten. W., der mehrfach vorbestraft ist, war in der Umgegend Kiels aus dem Gefängnis ausgebrochen und kam auf seiner Wanderung Anfangs Februar d. J. nach dem bei Cuttin liegenden Dorfe Klausshorn, wo ihn der Fuhr- und Landmann H. aufnahm. Von hier aus unternahm W. mehrere Streifzüge in andere Dörfer, wo er dann verschiedene Einbruchsdiebstähle vollführte. So kam er u. a. auch nach Bujendorf, wo gerade der Wirt der Bahnhofswirtschaft den Saal zu einer Hochzeitsfeier schmückte. W. schlich in das Gebäude, schnitt aus einer Tür eine Füllung und erhielt so Zutritt zu dem Zimmer, in dem die Hochzeitsgeschenke lagen. Von diesen schönen Dingen nahm er Damenwäsche, Silbersachen und Getränke und brachte sie zu H. Die Wäschestücke schenkte W. den Töchtern des H., die aus einigen Stücken dann die Namen entfernten. Außerdem nahm W. in anderen Dörfern Bedeckgeschir, Kleidungsstücke usw. Da die ganze Beute bei H. untergebracht wurde, so hatte dieser, wie auch seine beiden Töchter sich wegen Hehlerei zu verantworten. Als W. merkte, daß die Polizei seine Spur gefunden hatte, rückte er aus. Er konnte aber in Neustadt gefast und eingesperrt werden. Sein in Neustadt im Gefängnis unternommener Fluchtversuch wäre fast gescheitert, da die Wand bereits durchbrochen war. Während W. die Diebstähle eingesteht, wollen H. und seine Töchter sich nicht der Hehlerei schuldig gemacht haben. Das Gericht hielt aber alle für schuldig und erkannte gegen W. auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und wegen falscher Namensangabe bei der Verhaftung auf 2 Wochen Haft. H. erhielt wegen Begünstigung zum Diebstahl 6 Monate Gefängnis. Die Töchter des H. wurden wegen Hehlerei je 6 Wochen resp. 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die drei letztgenannten Angeklagten wurden mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren bedingt begnadigt. H. muß aber eine Geldbuße von 4000 Mk. zahlen.

Wer ist schuld an dem schlechten Markenbrot? Von einem Parteigenossen wird uns geschrieben: Das Publikum klagt mit Recht über das schlechte Brot. Doch daran sind nicht die Bäcker schuld. Allgemein sagt man, die Bäcker haben das Mischen und Strecken während des Krieges gelernt und nun könnten sie nicht davon bleiben. Als Sachmann möchte ich dazu folgendes sagen: Im Sommer, kurz vor der Erntezeit hat man es jedes Jahr, daß Brot riecht oder fadensteinig wird. Die Ursache liegt in der falschen Aufspeicherung des Mehls oder des Getreides. Nun kommt noch dazu, daß die Bäcker Lübeds fast nur mit amerikanischem Mehl oder Getreide beliefert werden, das an sich sehr unrein ist. Wer darauf achtet, wird sehen, daß das Grobbrot mit sehr viel Hülsen und Spreu durchsetzt ist. Würden die Bäcker nun, obgleich es auch schwer ist, das Mehl sieben, so würden sie mindestens zehn Prozent Verlust haben. Dasselbe trifft bei den Mühlen zu und diesen Verlust würde ihnen keiner erlegen. Man hört klagen, das Brot sei zu teuer; doch es ist kein saurer, sondern ein bitterer Geschmack und der kommt eben von dem gemahlten Unkraut, das zwischen dem Brotgetreide ist. Die Kommunal-

verbände nun, die Selbstversorger sind, z. B. die Provinz Lübeck oder der Kreis Lauenburg, haben ein sehr gutes Brot das aus hiesigem Getreide hergestellt wird. Wir aber, die wir von der Reichsgetreidestelle beliefert werden, müssen nehmen, was uns zugewiesen wird. Würde die Befestigung der Zwangswirtschaft für die breite Masse des Volkes nicht so unerträglich, würden auch die Gehilfen aus den oben angeführten Gründen für die frei Wirtschaft eintreten. Soll die Zwangswirtschaft bestehen bleiben, dann muß die Menge des Getreides im Umlageverfahren unbedingt erhöht werden, wenn nicht jedes Jahr kurz vor der Ernte die große Unzufriedenheit wegen schlechter Beschaffenheit des Markenbrot eintreten soll. Ueber das markenfreie Brot hört man sonst keine Klagen, nur daß es so klein ist. Das sollte doch dem Publikum zu denken geben. Also Verbraucher, nicht immer schimpfen auf die Bäcker; wir können das beste amerikanische Getreide bei unsern schlechten Währungsverhältnissen nicht kaufen. (Wichtig ist, daß wir bei unserer Abhängigkeit vom Ausland nicht die beste Ware kaufen können. Und Auslandsgetreide müssen wir kaufen, denn unsere inländische Erzeugung deckt den normalen Bedarf nur zu höchstens drei Vierteln. Diese Tatsache wird in obigen Ausführungen nicht genügend berücksichtigt. Auf sie muß aber immer wieder hingewiesen werden, weil die Verteidiger schrankenloser Wirtschaft mit dem Blender haufieren, daß nur der Wirtschaftszwang alles Schlechte und Unzureichende in sich berge. Red.)

Die Arbeit auf der Überlandzentrale wieder aufgenommen. Die am Mittwoch nachmittag vor dem Demobilisierungskommissar weiter fortgesetzten Verhandlungen führten zu einer Verständigung. Die Arbeit wurde darauf wieder aufgenommen, so daß der Betrieb heute in vollem Gange ist. Das Landgebiet wurde in der Nacht schon wieder mit Strom versorgt. Auch die Straßenbahn hat ihren Betrieb wieder aufgenommen.

Sommer-Anfang. Heute tritt nach astronomischer Rechnung der Sommer seine Herrschaft an. Damit ist die schöne und bessere Jahreszeit auf ihrem Höhepunkt angelangt. Eine leise Wehmut mag sich bei diesem Gedanken mit einschleichen, darüber, daß die schönen Tage so schnell entgleiten. Aber noch steht die herrliche Sommerzeit vor uns, nur der so notwendige Regen fehlt.

Aus dem Geschäftsbericht der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft Lübeck für 1921 entnehmen wir folgendes: Der fakturierte Umsatz der Gesellschaft belief sich im Jahre 1921 auf 118 848 748 Mark (i. B. 73 078 478 Mk.). Den entsprechend gestiegenen Bruttoerträgen steht eine erhebliche Vermehrung der Unkosten gegenüber, die teilweise durch die Umfahsteigerung, vor allem aber auch durch die vielfachen Erhöhungen der Gehälter, inproduktiven Löhne und Steuern zu erklären ist. Die Unkosten der Zentralverwaltung haben sich auf 1 451 195,28 Mk. belaufen. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter hat sich ebenfalls im Berichtsjahre gehoben; sie betrug zu Beginn desselben 1950, am Schlusse dagegen 2 474. Der Vorstand schlägt der Generalversammlung vor, den Reingewinn von 15 333 993,53 Mk. wie folgt zu verteilen: 4 Proz. Dividende auf 4 800 000 Mk. 172 000 Mk., 1 Proz. Dividende auf 3 500 000 Mk. mit 25 Proz. des Nominalbetrages eingezahltes junges Aktienkapital 35 000 Mark, dem Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds 250 000 Mk. zuzuwenden, an den Aufsichtsrat 10 Proz. Tantieme von 805 000 Mark (1 286 806,10 Mk. minus 481 806,10 Mk.) 80 500 Mk., 14 Proz. Superdividende auf 4 800 000 Mk. 602 000 Mark und 3 1/2 Prozent Superdividende auf 3 500 000 Mark mit 25 Prozent des Nominalbetrages eingezahltes junges Aktienkapital 122 500 Mk. Auf neue Rechnung sind dann noch vorzutragen 271 993,53 Mk. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 100 219 093,26 Mark ab.

Beschäftigung Schwerbeschädigter. Von der amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte wird uns geschrieben: Einer Anregung des Bagrischen Ministeriums für soziale Fürsorge entsprechend, hat der Reichsarbeitsminister bei den verschiedenen Reichsressorts beantragt, auch gelegentlich der Vergabung von Reichsaufträgen darauf hinzuwirken, daß die beteiligten Firmen ihren geselligen Verpflichtungen zur Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter nach Möglichkeit nachkommen. Dementsprechend hat bereits der Reichsminister für Wiederaufbau und der Reichswehrminister verfügt, daß bei den von ihnen erlassenen Ausschreibungen, wenigstens soweit es sich um größere Aufträge handelt, die anbietenden Firmen zu berücksichtigen sind, die ihren Verpflichtungen aus dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter

## Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

In dieser Stunde fühlte Antje Möller, daß sie glücklich war. Mochte die Welt sie ein schlechtes, leichfertiges Mädchen nennen, er war doch ihr König gewesen, und kein Glend, kein Schmerz, kein Herzweh konnte ihr die glücklichsten Stunden ihres Lebens und des Gebendens an ihn in ihrer Erinnerung auslöschen.

Als Andreas der Wiege entwachsen war, sang sie ihr Verschen nicht mehr. Es konnte sich in seiner Erinnerung festsetzen und ihn sein Leben hindurch begleiten; das wollte sie nicht. Der Knabe wuchs heran. Antje kostete die Mutterfreunden in reichem Maße; ja, manchmal stellten sich sogar schon die Mutterjungen ein.

Eines Tages erhielt Antje Besuch. Sie war in der Küche beim Waschen, da trat Dreesohm mit geheimnisvoller Miene an sie heran. „Antje, es ist einer drinnen, der Dich sprechen will; er scheint was Besonderes auf dem Herzen zu haben.“

Antjes Arie fingen an zu zittern. Sie mußte sich einen Augenblick auf den Lorkasten setzen. „Wo kommt er her?“

„Aus Bredwort zu Fuß; er ist ordentlich müde.“

Antjes Zähne klirrten hörbar nebeneinander. „Ist er groß?“

„Ja, als ein Baum.“

„Sieht er aus wie ein König?“ wollte Antje fragen, aber sie begann sich. „Mein Kleid, Dreesohm, nein, das nicht — das rote, das allerbeste!“

Dreesohm brachte das rote Kleid. Mit bebenden Händen kleidete sie Antje an. Sie rieb ihr Gesicht ab, das von Aufregung und Wärme schwißte. „Bin ich so gut, Dreesohm?“

„Du siehst aus, wie eine Gräfin“, beteuerte der Alte. Mit klopfendem Herzen trat Antje in die Stube, ihr Köpfchen hatte sich schon in feierhafter Gise ein Bild gemacht, eine Szene des Weberjahrens. Aber als sie über die Schwelle trat, blieb sie stehen. Ihre Aufregung legte sich wie ein zerhacktes Tuch unter der glättenden Hand.

„Gute Nacht, Du?“

Der junge Mann erhob sich aus dem Rohrstuhl, in den Dreesohm ihn verpackt hatte. „Guten Tag, Antje, ich wollte mal sehen, wie es Dir geht.“

„Gut, Heie Rehm. Was machen sie in Bredwort?“

Heie strich sich mit seiner großen Arbeitshand das fahlblonde Haar aus der Stirn.

„Ja, ich bin nicht mehr auf dem Hofe; ich diene jetzt bei Lehmann Hennings. Trina ist auch lange weg; sie hat einen Dienst in der Nachbarschaft. Soviel ich gehört habe, soll die Frau man kümmerlich zuwege sein, und Rolf wird wohl nächstens heiraten.“

„Ingeborg Jessen?“

„Ne, die ist schon lange verheiratet mit dem Krinkelträger; da ist nun eine lustige Wirtschaft geworden.“

„Und Joen?“

„Der ist auf Heisterneß geblieben; er wird wohl da sterben.“

Antje wandte sich ab. „Marte mal, Heie, ich will Dir einen Grog machen. Setz Dich ins Sofa, der Stuhl ist zu zerbrechlich.“

Antje machte einen Grog. Ruhig und freundlich sah sie dabei aus, und doch weinte ihr Herz, weil Rolf sie vergessen hatte. Bis zu dieser Stunde hatte sie gehofft, das war jetzt vorbei. Und doch fiel ihr Blick, als sie den Kopf wandte, gerade in diesem Augenblick auf das Wort „Hoffnung.“

Heie Rehm rührte den Grog um und stieß mit dem Teelöffel die Zuckerstücke entzwei. Er sann über das nach, was er noch zu sagen hatte. Nachdem er jetzt einen Schluck getrunken hatte, wurde seine Kehle frei.

„Antje“, sagte er, „weißt Du was? Ich hätte Dich bannig gern zur Frau.“

Antje erstarrte fast, sie rückte ihren Stuhl unwillkürlich ein wenig weiter fort. „Ach, nein.“

„Ja, Antje. Das wird wohl Zeit, daß man sich mal ein Nest baut. Lehmann Hennings will mich als Arbeitsmann einstellen. Ich kriege die kleine Kate am Deich, die hat zwei schöne Stuben, und dann ist noch ein Garten dabei und Grasland für zwei Schafe. Ich kriege taacaus, tagetin, Sommer und Winter, meinen Tageslohn von fünf Groschen.“

„Nein, Heie, nein, es geht nicht.“

„Ein Schweinefleschen ist auch dabei.“

„Ich kann nicht.“ Antje stand auf und holte ihr Kind, das nebenan nach ihr rief. Der Knabe sollte sie schützen.

Sie nahm den hübschen, blondködigen Knaben auf ihren Schoß und barg hinter des Kindes Rücken ihr Gesicht.

„Ich passe nicht zu Dir, Heie, sei nicht böse darum.“

„Warum sollst Du nicht zu mir passen? Trina meinte auch, Du würdest eine ganz prächtige Frau für mich sein.“

Sie hörte auf. „Hoff Du, Trina um Rat gefragt?“

„Na, ja, man muß sich doch einmal mit einer Menschenseele aussprechen, und Trina ist ein vernünftiges Frauensmensch. Die

sagte gleich, geh' mal hin nach Immsedt und schnad mit Antje deutsch. Sie meinte, Du würdest es wohl tun; wir könnten es ja ganz gut haben.“

Jetzt lächelte Antje ihr Liebes, altes Lächeln. „O, Heie, Heie, was seid ihr beide doch für ein paar närrische Menschen! — Sieh mal, Heie, wenn Du mir einen schönen Kuhstall gebaut hättest, müdest Du dann wohl gehen und ein paar Kanarienvögel kaufen?“

„Ne, mein Deern, da wäre ich wohl ganz verriekt.“

„Siehst Du, nun hör mal, was ich Dir rate. Geh' zurück nach Bredwort und heirat Trina. Die hat Dich gern, und ihr paßt viel besser zusammen als wir.“

Heie Rehm machte ein ganz verblüfftes Gesicht. „Aber sie hat mir doch selbst den Rat gegeben, hieher zu gehen.“

„Weil sie ein gutes Herz hat und uns beide gern glücklich sehen möchte; weil die gute alte Deern an sich gar nicht denkt.“

Heie Rehm sah vor sich hin. „Eine treue Seele ist sie, und arbeiten kann sie auch. Der Mann, der sie mal kriegt, ist nicht betrogen. Ich glaube gar nicht, daß sie je gehen wird.“

„Ich glaube es. Weißt Du was, Heie? Sprich noch heute mit ihr, und wenn ihr beide einig seid, schick mir eine Karte. Das müßt ihr, damit ich auch meine Freude daran habe.“

„Jawohl. Du sollst Bescheid kriegen“, sagte Heie Rehm mit kräftigem Händedruck.

Drei Tage später erhielt Antje einen Brief, darin stand in großen, unregelmäßigen Buchstaben: „Wir haben uns verprochen, und ummal ist die Hochzeit, womit Dich herzlich grüßen Trina Boje und Heie Rehm und besuch uns mal.“

Das Geschäft ging gut, und der kleine Andreas wurde ein großer, breitschultriger Junge. Er ging schon mit der Schiefertafel und einem veräoeltem Griffel in die Schule, da bekam er eine kleine Spiegelein.

Benedikta, die Nachbarstochter, hatte sich vor einigen Jahren mit ihrem Schak verheiratet. Er war ein tüchtiger Arbeitsmann, und sie lebten sehr glücklich miteinander. Ein kleines Mädchen, das nach einem Jahr geboren wurde, war ihre größte Freude.

Da hatte dieses Mann, der junge Jan Hansen, eines Tages das Unglück, daß ihm bei einer Fahrt die Pferde scheu wurden und durchgingen. Er wurde vom Wagen geschleudert und ein Rad ging ihm über den Kopf hinnea. Wenige Minuten später starb er. Die junge Witwe zog mit ihren Kindern zu den Eltern und blieb hier, da die alte Naise an der Wasserfucht litt und ihrer Aufsicht entgegensch. So hatte Antje ihre alte Freundin wieder und Andreas bekam in der kleinen Mieten eine Spiegelein.

(Fortsetzung, folgt.)

# Erster Deutscher Gewerkschaftskongress.

## Der Kongress erklärt sich für die Durchführung der zehn Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln. — Vertrauensvotum für den Bundesvorstand.

und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen nach, Besten nachgekommen sind. Die amtlichen Hauptfürsorgestellen sind aufgefordert, diejenigen Firmen ihres Bereichs, welche ihren gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Schwerbeschäftigten nicht nachgekommen sind, alsbald den betr. Reichsstellen mitzuteilen und diese auch weiterhin über solche Firmen auf dem Laufenden zu halten.

**Karl Neugebauer** gestorben. Wieder ist leider ein alter Parteiveteran durch den Tod von uns gerissen worden. Karl Neugebauer ist heute morgen im Alter von 59 Jahren nach schwerem Leiden verstorben. Der Verstorbenen, von Beruf Tischler, war zuletzt seit mehreren Jahren bei der Krankenkasse der gewerblichen Arbeiter angestellt. Er gehörte auch kurze Zeit der früheren Bürgerwehr als Mitglied an. Der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung hat er bis zur Verlegung seiner Kräfte treue Dienste geleistet. Besonders im Holzarbeiterverband war Neugebauer im Jahre 1919 tätig und bestellte Vertrauensämter mancher Art. Er war im Verbandsbüro der Bureauangestellten, dem er später angehörte. Über alles für die Partei hat der Verstorbenen, der 1886 Mitglied wurde, schon zur Zeit des Sozialistengesetzes hervorragend gewirkt. Lange Jahre war er Bezirksführer und überall, wo es galt, Arbeit für die Partei zu leisten, war er mit dabei. Es war ein wackerer Kämpfer, der von uns gegangen ist. Die Partei wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Noch einmal die Differenzen in der Lübecker Debatte. Von der Direktion der Lübecker Debatte wurde am Mittwoch eine Anklage im „Lübecker Generalanzeiger“ veröffentlicht mit dem Stichwort: Zur Steuer der Wahrheit erklären wir hiermit öffentlich: „Es liegt keine Anklage, sondern ein Streik vor“. Eigenartig dieser Satz. Die Direktion weiß doch, daß sie einen Anschlag angeht, nicht mit der Aufschrift: „Der Betrieb wird heute mittags geschlossen“. Die Direktion weiß doch auch ferner, daß sämtliche Leute von ihr entlassen sind. Das ist auch selbst von Herrn Direktor Kemmich in der Verhandlung am Sonnabend im Arbeitsamt in Gegenwart des Herrn Regierungsrats Puhlschneider erklärt worden, nur daß die Entlassungspapiere nicht ausgehändigt waren. Dieses wird wohl jedenfalls noch ein Nachspiel haben, da die Leute ja ohne Entlassungspapiere keine andere Arbeit erhalten können. Herr Direktor Kemmich weiß doch ferner, als der Betriebschefmann Sonnabend mit noch zwei weiteren Betriebsratsmitgliedern mit Herrn Direktor Solzmedel im Betrieb verhandelt, er diese Verhandlung hätte mit den Worten: „Was stehen Sie hier noch, der Betrieb ist geschlossen“. Hiernach war ja jegliche Verhandlungsmöglichkeit ausgeschlossen und die Belegschaft mußte den Fabrikraum verlassen. Wie dieses nun zu einem Streik gekoppelt werden soll, ist für einen denkenden Menschen unbegreiflich. Wenn ferner noch in der Note davon geredet wird, daß die gesamte Belegschaft nach Befragung einiger Arbeiter gar nicht im Bilde gewesen ist über den Vorgang, so kann sich die Direktion diese Redewendungen gerne überlegen. Wir kennen zur Genüge, wie derartige Kinderleihen zustande kommen. Welche haben gibt es auf jedem Arbeitstag und unüberlegte Aussagen werden nicht. Also nochmals: Der Betriebsrat hat alles möglich versucht, die Differenzen zu schlichten, auch dann noch, als der Betrieb der Direktion auf Schließung des Betriebes schon angedroht war. Der Betriebsrat ist gewillens gewesen, einseitig einzuwirken, wenn die Forderung von Herrn Direktor Kemmich: „Was stehen Sie hier noch, der Betrieb ist geschlossen“, bejaht wurde. Wenn ferner noch in der Note des General-Anzeigers erklärt wird, daß die Arbeitsschlichter (wo nebenbei gesagt, keine vorhanden sind), unter selbstlichem Schutz arbeiten, so läßt uns dieses rechtlich nicht. Vermutliche Arbeiter gehen in einen derartigen Betrieb, der in solcher Weise geschlossen wird, garnicht hinein. Ein politischer Streik ist also garnicht möglich. Der Arbeiterstreik von Lübeck und Umgebung rufen wir zu. Nehmt keine Arbeit an in der Lübecker Debatte. M-G! Denn nicht der uns aufgeworfene Kampf auch siegreich zu Ende geführt werden können. Meist Solidarität!

Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes.  
Der „Bolschewikentopf“. Die neuen Gesetze, die gegenwärtig in der Reichsregierung hergestellt werden, haben zum Teil im Publikum Ansehen erregt. Namentlich der 10000-Mark-Schein erweckt bei einigen Mitbürgern den Verdacht, der darauf abgedruckte „Bolschewikentopf“ solle eine Darstellung der Reichsregierung bedeuten. Dazu können wir folgendes mitteilen: Die Scheine wurden wegen der dringenden Notwendigkeit so rasch wie möglich angefertigt. Auf dem Schein konnte man aus ästhetischen Gründen nicht verzichten. Neue Entwürfe hätten zu viel Zeit in Anspruch genommen. Daher entschloß man sich, Bildnisse der alten deutschen Meister als Vorlagen zu benutzen: Solche berühmten „Kaufmannsfiguren“, deren Original im Kaiser-Friedrich-Museum liegt, Gemälde von Georg Meissner, Amberg u. a. Der „Bolschewikentopf“ auf dem 10000-Mark-Schein aber ist nichts anderes als eine Reproduktion von Alzerts Porträt seines Bruders. Daß die Arbeit einer nationalsozialistischen Regierung ausgesprochen ist, ergibt sich übrigens schon aus der Tatsache, daß bei der Auswahl der Vorlagen nicht nur der durchaus reichhaltige Reichsdruck, sondern auch Sachverständige mitgewirkt haben, die der sozialdemokratischen Partei angehören.

Schönbrunn. Der sozialdemokratische Verein hielt am Mittwoch Abend seine Monatsversammlung ab. Nach Genehmigung der Niederschrift der letzten Mitgliederversammlung erhielt Parteiführer Genosse Weig das Wort zu seinem Vortrag über die politische Lage. Er hat sich eingehend mit den derzeitigen Verhandlungen im Reichstag über die Steuerreform auseinandergesetzt, wobei er einen großen Teil der Redezeit dem noch zu besprechenden, das notwendige Wort zu finden. Eine Reibungslosigkeit könne die Sozialdemokratie mit Ruhe empfinden. Der mit Weig aufgenommene Vortrag wurde mit einem Erfolg an den Anwesenden zu freudiger Mitarbeit. Nach Beendigung verschiedener anderer Angelegenheiten wurde die Versammlung, an der etwalicher Weise eine Anzahl Genossen teilnahmen, vom Vorsitzenden Genosse Schöner geschlossen.

### Angrenzende Gebiete.

Schwaben-Merkel. Eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins fand am Donnerstag, dem 21. Juni, Abends 8 Uhr im Gasthof „Dankwart“ statt. Nebenbei und vollständigem Erfolge in dringender Angelegenheit.

Notiz. Umstellung des Geschäfts. Lautet die Tagesordnung einer Versammlung der Belegschaften des Reichsbundes der Kommunisten für auch in Weidhausen seinen Kredit eingebüßt. Die Schwere ist nicht mehr erträglich, sie soll mit dem Wismarer Arbeitern zusammengelegt und in der roten Fahne in Berlin gebracht werden. Wie dieser Umstellung wird so ziemlich der meiste Teil der Kommunisten „amüsiert“ werden. Den Ton gibt nun noch die rote Fahne an und die hochachtbare Geschäftsleitung des arbeitslosen Kommunisten in Weidhausen. Das ist der Erfolg der arbeitlosen, bedürftigen und erwerbsfähigen Agitation wackelnder Volkshüter oder wenigstens solcher, die es sein sollten. Wie nachlässig bekannt wird, geht auch der stellvertretende am 1. Juli ein. Er ist ebenfalls mit der roten Fahne verbunden worden. Das es mit dieser Umstellung auf 15. Juli, ist ein sehr bedauerliches Ereignis. Man wünscht sich möglichst bald.

### Fortsetzung der Aussprache über den Geschäftsbericht.

Der Beschluß der Internationale, den Generalstreik zu proklamieren, sei nicht das Papier wert, das hierbei verdrückt wurde. Mit der Forderung, mit den Arbeitsgemeinschaften und der Koalitionspolitik Schritt zu machen, beendete Redner seine Ausführungen.

Dijmann (Metallarbeiter) von der USF, erhält das Wort und sagt: Wenn wir zurückblicken auf den Weg, den wir seit Nürnberg zurückgelegt haben, dann sehen wir, daß die Arbeitsgemeinschaften und die Koalitionspolitik uns nicht vorwärts gebracht haben. Unzertrennbar verbunden mit den Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind die Fragen der großen Politik. Der Eisenbahnerstreik hat gezeigt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht gesichert ist. In dieser Frage müssen wir auch jenen Reichs- und Staatsbeamten auf die Finger zeigen, die aus unseren Reihen kamen. Die Anführer der Spitzenorganisationen im Eisenbahnerstreik haben den Gegnern des Koalitionsrechts in die Hand gearbeitet. Das Koalitionsrecht darf aber nicht angetastet werden. Eine Aufhebung des Streikrechts ist der Beamten wird auch von der Arbeiterschaft mit allen Mitteln abgewehrt werden. Die Klassenjustiz ist heute genau so schlimm, wie in der alten Zeit. Das zeigen auch besonders die Arbeitsverträge. Die soziale Rechtsprechung steht völlig im Dienste des Kapitalismus. Die Schlichtungsausschüsse spielen auf die Anordnungen des Reichsarbeitsministers. Das Betriebsrätegesetz hat den Arbeitern nur Scheinrechte gegeben. Der Entwurf der Schlichtungsordnung ist für uns unannehmbar, besonders im Hinblick auf den Justizparagrafen 55. Redner wendet sich dann gegen die Technische Nothilfe, die von der Regierung unterstützt werde, während man darüber streitet, ob man der Sozialisierungskommission mehr Mittel bewilligen soll. Die zehn Punkte des ADGB, waren der Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft. Der ADGB sagt: Die Forderungen können nicht alle durchgeführt werden, aber zwischen dem Alles und dem Nichts gibt es einen breiten Weg der Mitte, auf dem sich manches erreichen läßt. Wenn wir alle unsere Kraft einsehen, dann werden wir das Geforderte erreichen, und die Schlichtungsordnung wird nie Gesetz werden.

Als dritter Redner nimmt für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Bzen-Hannover das Wort, indem er anerkennt, daß der Bundesausschuß nicht vollkommen ist, und stellt alsdann die Frage: Was wäre unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen? Wie es ein Verbrechen ist, einen Seefahrer bei Sturm und Wetter mit falschen Karten hinauszuweisen, so ist es auch ein Verbrechen, wenn man mit falschen Mitteln das Proletariat in den Kampf schickt. Den verschiedenen Richtungen wird es kein Bundesvorstand recht machen. Zur Verwirklichung des Sozialismus ist die Erfüllung verschiedener Voraussetzungen notwendig. Aber in der heutigen Wirtschaftslage ist das nicht möglich. Für die Durchführung der zehn Punkte sind die Voraussetzungen außerordentlich ungünstig. Im ganzen Lande ist der Bundesvorstand bekannt und als Verräter verachtet, weil er den Kampf für diese Punkte nicht aufnahm. Bei solch einem Kampf wird es aber unter den heutigen Verhältnissen bis zum Weichlöten kommen, und die Arbeiterschaft hätte dann den Klassenkampf im Interesse der Unterworfenen geführt, der die Arbeitsbedingungen diktieren würde. Der Sozialismus ist das Ziel des Klassenkampfes. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine feste organisatorische und geistige Einheit notwendig. Von den 13 Millionen Gewerkschaften, die es in Deutschland gibt, stehen aber noch lange nicht alle im ADGB, und von den 8 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften waren einige Millionen nach 1914 nicht auf die Seite zu bringen, wenn es galt, einen Kampf zu führen, und wagt es nicht einmal, sich zur Organisation zu bekennen. Das Arbeitsministerium ist heute noch nicht vernehmlich. (Sehr richtig.) Die Schlichtungsordnung ist noch von keinem Gewerkschaftler beantwortet worden. Ein uneingeschränkter Streikrecht gibt es nicht einmal in dem kommunistischen Ideal-Sozialismus. Dort ist das Streikrecht nicht nur in den Staatsbetrieben aufgehoben, auch in den Privatbetrieben darf von ihm kein Gebrauch gemacht werden.

Zum Schluß stellt Bzen fest, daß der Bundesvorstand für seine Tätigkeit nicht die Hilfen verdient, die ihm aus politischen Gründen erwirkt wurden. Seine Kritik war für die Arbeiterschaft die allerbestmögliche. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

### Nachmittagsitzung.

Zunächst wird der Bericht der Mandatprüfungskommission entgegengenommen und entgegen ihrer Beanstandung das Mandat des Verbandes der Bäcker als gültig erkannt. Anwesend sind 660 Delegierte, die 7574 825 Mitglieder vertreten. Sämtliche Mandate werden genehmigt.

In der feingedehnten Debatte über den Geschäftsbericht spricht Genossin Jäger (Metallarbeiterin) über die Frauenfrage. — Haepelm (Zigararbeiter) begründet folgende Entschließung zur Wohnungsfrage:

Der 11. Kongress des ADGB begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinschaftliche Regelung der Baukostenverteilung und Baukostenbeschaffung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einige Gewerkschaften aus eigenem Antriebe heraus Einfluß auf eine gemeinschaftliche Regelung der Produktion genommen und die Errichtung gemeinschaftlicher Betriebe gefördert haben. Der 11. Kongress des ADGB beauftragt den Bundesvorstand: 1. die von ihm begonnene gemeinschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baukostenverteilung weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaften diesen Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungsnot weiter als breiterer Grundlag annehmen müssen, und wirksam durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergreifen werden; 2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht auf organisatorischer Grundlage in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen, und im Bundesbureau eine Zentralfstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Überführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit, die auf dies Ziel gestellt sind, zusammenzufassen.

Um 6 Uhr wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Verhandlungen am Mittwoch früh, 9 Uhr beendet.

Leipzig, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
2. Verhandlungstag. Vormittagsitzung.  
Leipziger erklärt den Schlußwort zum Geschäftsbericht und sagt, daß er mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Debatte wenig zufrieden ist. Der Genosse Bzen spricht er den Dank der Bundesleitung und der Mehrheit des Kongresses für seine Anwesenheit aus. Die Kommunisten, so führt Leipziger fort, haben sich gezeigt, wie sie immer mit uns distanzieren. Sie verschweigen die Tatsache, daß sie ins Gegenteil um. Sie behaupten, der Bundesvorstand betreibt eine verräterische Politik, durch die es dem Unternehmertum ermöglicht werde, das Haupt dreier zu werden. Demgegenüber ist festzustellen, daß der falsche Schein unserer Kampfmittel durch die Kommunisten unsere Reihen immer mehr zerstört hat. Die unerschütterliche Koalitionspolitik

der Kommunisten hat große Arbeitermassen abgedrängt in die Lager unserer Gegner oder der Indifferenz. Nicht die Politik des ADGB, sondern die falsche Gewerkschaftspolitik der Kommunisten hat das Unternehmertum und die Reaktion gestärkt. (Sehr richtig!) Die Arbeiter stellen sich den Kampf anders vor als die Kommunisten ihn propagieren. Die Waffen der geistigen Aufklärung — nicht des Generalstreiks, der alle 24 Stunden wiederholt wird — das ist unser Kampfmittel! — Lebhaft bedauere ich die Rede Dijmanns, und zwar deshalb, weil sie von einem Mitglied des Bundesausschusses selbst gehalten wurde. (Lebhaftes Sehr richtig! Zurufe: „Wählt ihn in den Vorstand, dann sieht er still!“ Große Heiterkeit.) Seine Rede war eine schlechte Rede und hat auf den Kongress keinen Eindruck gemacht. (Stürmische Zurufe: O doch!) Die Kritik Dijmanns war unehrlich. Er hat unsere Kampf um die 10 Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Beratungen fortgeschwiegen. (Lebhaftes Hör, Hör! Widerspruch Dijmanns), indem er nicht den Mut aufgebracht hat, den Generalstreik für die Durchführung der 10 Punkte zu fordern. Zu dem 14. Juni und 14. bemerkt Leipziger, daß in einer Regierung, die sich der Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht anpaßt, für Arbeitervertreter kein Platz ist. (Beifall.) Dijmanns Kritik an der Arbeitsgemeinschaft wurde nicht von gewerkschaftlichen, sondern von politischer Gesichtspunkten aus geführt. (Stürmische Zustimmung.) Im Interesse der Gewerkschaftsbewegung wünscht er zum Schluß, daß die aktivsten Mittel der Gewerkschaften beibehalten und daß auf dem zum Ziele führenden Wege fortgefahren werde. (Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung Dijmanns wurden die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge zum Geschäftsbericht vorgenommen. Daran schließt sich das Referat Kerpels über Betriebsräte und Gewerkschaften an.

### Die zehn Forderungen der Gewerkschaften.

Nach der Abstimmung über die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird folgende

### Entschließung

einstimmig angenommen:  
„Der 11. Gewerkschaftskongress macht sich die von dem Vorstand des ADGB und der Afa im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen. Indem der Kongress mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einfluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromiß keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten 10 Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klassen endlich zu einer erträglichen gestaltet werden kann. Der Kongress beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.“

### Zur Frage der Brotversorgung

beschließt der Kongress:  
„Der Kongress nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Getreidemarktes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags dem Drängen nach freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongress in letzter Stunde nochmals einstimmig alle Forderungen des ADGB, die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden.“

Der Kongress fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der verorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Dedung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- und Laugtagewinnen, sichergestellt ist.

Indem der Kongress nochmals auf die Folgen der von gewissenen Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt.“

Angenommen wird ebenfalls folgende

### Entschließung gegen die Teuerung:

„Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den Beschlüssen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelmangels und der sonstigen über jedes berechnete Maß hinausgehenden Preistreiberi. Er bedauert lebhaft und spricht seine Entrüstung darüber aus, daß diese Bemühungen durch Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften ohne Erfolg geblieben sind.“

Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zeiträumen Lohnhöhungen zu fordern, die zumindest in stetem Kampf mit den Unternehmern und gegen den Widerstand der Kreise durchgeführt werden müssen, die durch ihre maßlose Gewinnlust die heutigen Zustände verschulden. Die Auswucherung der breiten Massen des Volkes nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Folge ist eine ständige Zunahme der Verelendung. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und notwendigen Lebenshaltungskosten ist immer größer geworden. Zurzeit ist das gegenwärtige Arbeitseinkommen höchstens nur noch die Hälfte des notwendigen Unterhalts, gemessen an den Verhältnissen von 1914. Es ist also eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unweigerlich zu einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß. Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft nicht, unter der Last der Teuerung und der ungeheuren Bürde an Steuern zugrunde gerichtet werden oder aber die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend erforderlich, daß die Reichsregierung endlich wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung und ihre Urheber ergreift.“

Weiter wird angenommen ein Antrag der Kommunisten, „die sofortige Freilassung der der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Verbrechen“. Der Antrag fordert vom Bundesvorstand und von allen Gewerkschaften, alle Mittel anzuwenden, um den politischen Inhaftierten und verurteilten Klassenanführern die Freiheit zu erkämpfen. — Leipziger stellt fest, daß die Genossin der Antrages ihn nur deswegen abgelehnt haben, weil der Wortlaut des Antrages nicht ihre Zustimmung fand. (Zurufe: Freilassung der Gefangenen auch in Rußland!)

# Protest gegen die Sowjet-Justiz.

Sobann wird gegen Protest der Kommunisten folgende Resolution angenommen:

Der 11. Gewerkschaftskongress als Vertreter von etwa acht Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschland erhebt klammern Protest gegen die in Moskau getriebene Sowjetjustiz gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongress erwartet, daß die Sowjetregierung sofort dazu übergeht, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen. Der Kongress erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um der Verteidigung ihre Aufgabe zu ermöglichen und ihr gerecht zu werden.

Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß für unsere Arbeitsgenossen in Rußland volle Freipressung erfolgt.

Anschließend spricht der Kongress mit 2/3 Mehrheit dem Bundesvorstand das Vertrauen aus.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung, die den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom über die Bekämpfung des Militarismus und des Krieges zustimmt. Die Friedensverträge haben die Kriegsgefahr nur noch verflüchtigt, und auch die Genèver Konferenz hat keine Entspannung gebracht. Der Völkerverbund ist ein Unding, so lange nicht alle Regierungen auf den Austrag ihrer Streitigkeiten durch Waffen Gewalt verzichten. Der Kongress erachtet es für notwendig, daß die Arbeiter aller Länder ihren Protest gegen den Krieg betonen und in einmütigem Entschluß den Kampf gegen die Friedensstörer aufnehmen.

Der Einberufung eines Völkerverbundskongresses stimmt die Entschließung zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich daran zu beteiligen.

Die von der Jugendkonferenz dem Gewerkschaftskongress überreichte Entschließung über die Jugend- und Lehrlingsfragen wird angenommen.

Beschlossen wird ferner, von der Regierung eine Erhöhung der Werbesteuern, eine Herabsetzung der 10 %igen Einkommenssteuer von 50 000 Mk. auf 100 000 Mk. und eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens zu verlangen.

Alsdann erstattet Körpel (Betriebsrätezentrale) sein Referat über

„Betriebsräte und Gewerkschaften“.

Seine Ausführungen, denen der Kongress mit lebhaftem Interesse folgte, legte der Referent in einer Entschließung nieder. Diese, wie die dazu eingebrachten Entschließungen von Frey und Schmidt werden angenommen. Ferner wurden zwei Anträge angenommen, nach denen der eine den Betriebsräten das Recht abspricht, mit den Unternehmern über die Lohnverhandlungen usw. zu beraten, während der andere wirtschaftliche Schulen für die Betriebsräte fordert. Angenommen wird dann noch eine Resolution der Landarbeiter, die sich gegen die Benachteiligung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern in der Frage der Wahl der Betriebsräte wendet.

Der Kongress vertagt sich auf Donnerstag vormittag.

neut Schritte zur Schaffung eines Reichstarifvertrages für das Schöckgewerbe (Kleinmetzgergehilfen) zu unternehmen. Ein Antrag der kommunistischen Opposition, bei Wahlen die Verhältniswahl (Verhältniswahl der politischen Richtungen) einzuführen, wurde nach sachlicher Beratung gegen wenige Stimmen abgelehnt, um den politischen Kampf nicht noch stärker als bisher in die Gewerkschaften hineinzutragen. Eine bedeutende Debatte entspann sich bei der Beratung eines vom Bezirk Berlin-Brandenburg-Bommern eingereichten und von der Opposition mit scharfen Angriffen gegen den A. D. G. B. begründeten Antrages, beim A. D. G. B. darauf hinzuwirken, daß die zehn Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verwirklicht werden. Simon erklärte, daß der A. D. G. B. für seine zehn Forderungen in anderer Weise hätte eintreten müssen, als dies geschieht. Darüber zu sprechen, werde sich auf dem Gewerkschaftskongress Gelegenheit ergeben. Der jederzeit im Munde geführte Generalstreik sei jedoch ganz anders zu bewerten, als es von den Kommunisten geschieht. Nur in Fällen, wo wirkliche Lebensinteressen der Arbeiterklasse tödlich bedroht seien, seien die Voraussetzungen zum geschlossenen Aufmarsch der Arbeiterklasse und damit zu einem siegreichen Generalstreik gegeben.

In der Statutenberatung wurde die Beitragsfrage geregelt. Ein Stundenlohn gilt, aber nicht mechanisch, als Wochenbeitrag. Es werden acht Beitragsklassen in der vorläufigen Höhe von 2-24 Mk. mit Spannung von je 2 Mk. vorgezogen. Bei Erhöhung der Löhne sollen Vorstand und Beirat um den Prozentsatz der Erhöhung auch die Beiträge ab neues Quartal erhöhen. Bei Arbeitslosen- und Krankenunterstützung tritt Beitragsbefreiung ein. Die tägliche Arbeitslosenunterstützung beträgt 100 Prozent, die Krankenunterstützung 50 Prozent, die Streikunterstützung bei 3-12 Monate Mitgliedschaft das Vierfache, bei über 12 Monate Mitgliedschaft das Fünffache.

Das Recht des Vorstandes auf Ausschreibung von Extrabeiträgen wurde erweitert, ferner wurde er beauftragt, die Zahlstellen in Bezirken mit gleichartigen Produktionsverhältnissen möglichst zu Bezirkszahlstellen zusammenzulegen. Auch aus lokalen Mitteln dürfen keine Gelder bewilligt werden zu Maßnahmen, die einer politischen Richtung dienen. Die bisherigen beamteten Mitglieder des Zentralvorstandes sowie der bisherige Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt, die Zahl der unbefamten Vorstandsmitglieder wurde von 6 auf 4 herabgesetzt. Der Sitz des Ausschusses wurde mit 50 gegen 48 Stimmen von Magdeburg verlegt und mit 54 Stimmen nach Stuttgart gelegt, Steiner-Stuttgart gegen 6 Stimmen als Ausschussvorsitzender gewählt. Für Unterstützung der Opfer des Märzputsches und deren, die für die proletarische Sache im Gefängnis sitzen, wurden 10 000 Mark aus der Verbandskasse bewilligt, mit der Maßgabe, daß der Zentralvorstand dafür zu sorgen hat, daß diese Gelder an die richtige Stelle kommen.

In einem Vortrag über „Die Sozialgesetzgebung in neuem Deutschland“ kennzeichnete Vorstandsvorsitzender Simon eine Reihe von Mücken und Tücken des bevorstehenden Gesetzes einer „Schlichtungsordnung“ und des „Arbeitszeitgesetzes“.

Nach der Diskussion, in der Angehörige aller drei Parteirichtungen die beiden Gesetzesentwürfe verwarfen, fand einstimmig eine entsprechende Resolution Annahme, in der zugleich die von Kallisk und einigen anderen im Reichswirtschaftsrat eingenommene Stellung als Begutachter zum Arbeitszeitgesetz scharf verurteilt wird.

Dr. N. G. in Stuttgart behandelte in einem zweifürdigen, an wirtschaftlichem Zahlenmaterial und gewerkschaftlichen Winken reichen Referat über „Weltwirtschaftliche Probleme“ die Wirtschaftsentwicklungen Deutschlands im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft. Der inhaltreiche Vortrag löste keine Diskussion aus und fand reichen Beifall.

# Gewerkschaften.

## Neunter Verbandstag der Schuhmacher.

K. R. Hundert Delegierte, die besoldeten Mitglieder des Zentralvorstandes und der Redaktion, die Bezirksleiter und Betriebsrätevertreter und der Vertreter des Ausschusses bildeten das Parlament der Schuhmacher, das vom 12. bis 17. Juni im Münchener Gewerkschaftshaus tagte. Die Berufsorganisationen aus Bel-

gien, Tschecho-Slowakei, Dänemark, England, Frankreich, Oesterreich hatten Vertreter entsandt, von deutschen Körperschaften der A. D. G. B. und der Werkmeisterverband der Schuhindustrie, die anwesenden beiden Vertreter des Lederarbeiter- und Sattlerverbandes wurden wegen Tarifverhandlungen abberufen.

Die ausländischen Gäste gaben Bilder der auf der ganzen Linie einsetzenden antisozialen Vorstöße des Unternehmertums ihrer Länder.

Verbandsvorsitzender Simon ergänzte kurz den ausführlichen gedruckten Geschäftsbericht. Der Verband hat jetzt 110 000 Mitglieder und zählt die weitaus größte Zahl der Schuhmacher in seinen Reihen. Der Vorstand hat mit Zustimmung des Verbandsbeirats zwei Betriebsrätevertreter eingestellt; deren Tätigkeit wird lobend anerkannt. Der Reichstarif ist einstimmig, also auch vom Verbandsbeirat, angenommen worden. Der Verbandstag habe jetzt zu entscheiden, müsse vor allem auch die vorgeschlagenen wilden Streiks grundsätzlich und entschieden verurteilen, die Konsequenz wäre sonst, daß der Verbandstag zur Aufhebung des Tarifs kommen müsse.

Hauptkassierer König berichtete über die finanzielle Entwicklung des Verbandes. Die Hauptkasse enthält gegenwärtig 16 781 289 Mk., Hauptkasse und Lokalkassen zusammen enthalten 18 Millionen. Der Betrag ist hoch, jedoch bei der heutigen Geldentwertung nicht ausreichend. Der Verbandstag müsse deshalb auf Beschlüsse bedacht sein, die eine nachdrückliche Stärkung der Kasse herbeiführen.

Der Bericht des Ausschussvorsitzenden W. Haupt-Magdeburg erstreckte sich auf eine kleinere Anzahl von Beschwerden von Einzelmitgliedern und einer Beschwerde der Zahlstelle Hamburg gegen den Vorstand, ferner um eine Differenz, die sich zwischen Vorstand und Ausschuss entspann über eine aus technischen Gründen erfolgte, zwei Monate andauernde Duldung des Schuhmacher-Fachblattes in einer hirnärztlichen Druckerei. Der Standpunkt des Vorstandes in grundsätzlicher Hinsicht geht dahin, daß in solchen verwaltungstechnischen Fragen der Ausschuss zur Entscheidung überhaupt nicht zuständig sei.

In der Generaldebatte über den Vorstandsbericht wurden aus dem Berufsleben des Verbandes sich ergebende Anträge diskutiert, wie sie ähnlicher Art sich in der Bericht-erstattungsperiode aller Verbände ergeben.

Ueber das Betriebsrätegesetz wurde mehrfach ausgeführt, daß seine Schattenseiten die guten Seiten überwiegen, so daß unter der Fortdauer seiner jetzigen mäßigen Bestimmungen etwas Weitergehendes für die Arbeiterschaft nicht erreicht werden könne. Deshalb müsse sie sich mit der Erweiterung dieses Gesetzes befassen, und der Zentralvorstand und insbesondere auch der A. D. G. B. müsse ihr dabei zur Seite stehen.

Große Teile der Ausführungen der vielen Redner galten dem wichtigen Punkt: Reichstarif. Von keiner Seite wurde der Tarif verworfen. Die Ausführungen enthielten zum Teil scharfe Anaristie auf den Vorstand, daß er nicht schon längst mit neuen Lohnforderungen vorgegangen.

Dem Hauptvorstand, Ausschuss und Redakteur wurden einstimmig Entlastung erteilt. Der Verband soll in Zukunft nur Zentralverband der Schuhmacher, das Verbandsorgan „Der Schuhmacher“ heißen. Der Vorstand wurde beauftragt, sofort neue, gestaffelte, den immer mehr steigenden Lebenshaltungskosten entsprechende Lohnforderungen bei den Fabrikanten einzureichen. Nichtlinien, nach denen der Schulung und Heranziehung der Frauen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, wurden angenommen, ferner wurde die Anstellung eines weiteren Betriebsrätevertreters beschlossen; die Anstellung eines besonderen Volkswirtschaftlers dem Vorstand zur Berichterstattung überwiesen. Auf neue befürwortete der Verbandstag die Herbeiführung eines Lederindustrie-Verbandes. Der Vorstand wurde beauftragt, er-

gung

Dienstag nachmittag drei Uhr entlieh nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, Vater u. Schwiegervater. (3570)

Dies zeigen tiefbetrübt Herzen an

Justian Bayer, Duppnerdorf.

Mahilde Albrecht geb. Bayer.

Fritz Albrecht u. drei Enkelkinder.

Für die vielen Beweise heral. Teilnahme, insbesondere Herrn Pastor Kanitz für die so tröstenden Worte am Sarge unseres lieben Entschlafenen sagen herzlichsten Dank. (3534)

R. Dade und Frau.

Gef. e. Morgenfrau b. e. n. a. Dame. Hünshaus 21 (3572)

G. alt. alleinitt. Frau f. Stelle f. e. Std. a. T. Ang. u. A 224. (3531)

Vraupaar f. 2 möbl. Zimmer. Ang. u. A 225 a. d. Exp. (3518)

Ein guter schw. Sommerhut zu verkaufen. (3565) Bei St. Johannis 20, I.

Zu verk. 1 Paar fast n. Damenstiefel. (Gr. 39). 3560) Obertrave 29/2.

1 P. n. Dackspich. 3. verk. Gr. 41. (3518) Glandorfstr. 33. III.

2 eis. Oefen z. verk. 3530) Wafentstr. 24. p.

Guterh. Trittnähmasch. zu verkaufen. Ang. u. A 226 a. d. Exp. (3561)

Sommerjacke, billig z. vk. 3542) Epillerstr. 10. pt.


1 gr. Bloctw., 1 G.-R. m. G. z. vk. (3538) Regidienstr. 88.

Guterh. Kinderwagen, gef. Ang. u. A 227 a. d. G. (3569)

Gut erhaltene Singer-Nähmaschine zu kaufen gesucht. Ang. u. A 128 an die Exp. d. Bl.

Billiger als Fleisch!! Gr. Saalheringe zum Einlegen, Stück 1.20. Papier mitbringen. 3516) Deponau 33.

Vor dem Verderben



durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

einmacht. Dies ist das einfachste, billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften! Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Hettfeld

Gutfehende Speisefarbstoffe

10 Pfund Mk. 22.—  
100 Pfund Mk. 200.—  
empfehl. (3567)

Wilhelm Süke, Schwarzwauer Allee 46a  
Telephon 8822.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

Zucker

Pfund Mk. 17.50 wieder eingetroffen.

Wir sind die beste Selbsthilfe der Verbraucher. Decken Sie Ihren Lebensmittel-Bedarf nur bei uns. Werden Sie Ihr eigener Lieferant.

Sie sparen viel Geld!

(3558)

Nach langen schweren Leiden entschleif heute mein geliebter treuer Mann, meiner Kinder guter Vater (3538)

August Maack

im 68. Lebensjahre, tief betrauert von seiner Gattin

Elisabeth Maack geb. Dreys nebst Kindern und Angehörigen. Schulstr. 11 b.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 27. Juni, vormittags, Bургtorfriedhof statt. (3568) Beginn der Trauerfeier 10 1/2 Uhr.

Stieppdecken Anfertlg., Aufarbeiten u. Neubeziehen. Spethmann, Breite Str. 31 (3415)

Eimerbier Jeden Freitag von 8-11 Uhr (3521) H. Bade.

Möbel Betten, Speise-, Schlaf-, Zimmer, Küchen. Boldts Möbellager Fischergrube 25/27.

Fahnen und Banner Vereinsbedarfsartikel. Kostenanschläge ohne Verpflichtung. A. Krawehl, Stettin 13. (3463)

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers Markt 4 - Kohl. 10

Zur Mühle Beckergarbe 61. Weißer Anlandszucker Pfd. Mk. 17.75 bei 5 Pfund Pfd. 17.50 bei 10 Pfund Pfd. 17.25 Weizenmehl 11.50 Roggenfeinmehl 8.75 Buchweizenmehl 9.— Gerstgrübe 10.50 Grober Grieß 9.50 Reis 8.50, 10.—, 12.50 Sutes Mischobit 14.— Milchzucker Pat. 0.60

Echter Jamaica-Rum-Verschnitt. Echt Port-Rum-Verschn., Arrak-V., Kognak Origin. Likörartiger Kräuter-Kraft-Trank wohlschmeckend anregend 1/2 Flasche 40.— Mk. 1/4 Flasche 78.— Mk. Schiedwig-Dolsteiner Kummel 35 % Fl. 42 Mk. Aquavit 40 % Fl. 46 Mk. Ernst Voss Gr. Burgstr. 59. Fernruf 410. (3546)

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers Markt 4 - Kohl. 10

Mischkaffee mit 10 % Bohnenkaffee 1/2 5.— Ratao 1/2 10.— Rote-Grünpulver 1.25 Vanille-Pudding-Pulver 1/4 5.— Backpulver Pat. 1.30 Maisternpuder 11.— Hartgrieß 9.60 Mandarin Pat. 6.50 Reis 8.50 und 9.50 Reismehl 10.50 Käse 20.—, 25.—, 38.— Kräutertafel Std. 5.50

Freitag u. Sonnabend: prima junges dicktettes Rossfleisch und Flomen ff. Gelochte und Knackwürste

Fr. Kollmann Reiferstraße 6. Fernsprecher 2450. (3554)

Eine Zeitungs-Austrägerin vor dem Burtor (Travegegend) zu sofort gesucht. Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 48. (3549)

Hansa-Theater. Gefucht für eine Ausstattungskomödie mehrere Statisten. Zu werden im Theaterbureau von 11-1 Uhr und ab 5 Uhr. (3544)

Rasier-Apparate Klängen Pinsel Näpfe (3554)

Alaunsteine Ferd. Kayser.

Das Waisen-Jubiläum Mt. 2.50. Buchhandlung St. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Rhein-Mosel- u. Rotwein-Flaschen. Zahle hohe Preise, werden auf Wunsch abgeholt. Weinhandlung W. Rahfath, Untertrave 113. Tel. 687.

Freitag u. Sonnabend: prima junges dicktettes Rossfleisch und Flomen ff. Gelochte und Knackwürste

Fr. Kollmann Reiferstraße 6. Fernsprecher 2450. (3554)

Freitag u. Sonnabend: prima junges dicktettes Rossfleisch und Flomen ff. Gelochte und Knackwürste

Fr. Kollmann Reiferstraße 6. Fernsprecher 2450. (3554)



# Jugend-Globe

## des Lübecker Volksboten



Nummer 4

Donnerstag, den 22. Juni 1922

2. Jahrgang

### Mehr Recht!

Ausreichenden Jugendschutz!

Völkerrfrieden!

In diesem Zeichen wird am 24. Juni die Lübecker Arbeiterjugend ihre Sonnenwendfeier begehen. Wir stehen nicht allein. In allen Ländern, wo Arbeiterjugend sich in diesen Tagen sammelt, wird dieser Ruf ertönen. Not tut er. Denn die Kriegsheher und Völkerräuber durchziehen wieder wie Gift die Lande. An allen Ecken schürren sie und glauben, daß die leidende Menschheit den letzten Krieg schon so sehr vergessen. Sie irren!

Daß auch das Geschlecht der Leisetreter und Augenverdreher mit im Bunde ist, wurde uns ja erst kürzlich anschaulich beim Aufzug am Pariser Berg. Nun wissen auch diese mit einem Male wohin sie gehören; auf die Seite der Kriegsheher, Ausbeuter und Rechtsräuber. Wie stöhnten sie sonst in allen Tönen von Ueberbrücken der Klassegegensätze. Wie eine Jungfrau erröteten sie, wenn nur eine Andeutung gemacht wurde, von proletarischer und bürgerlicher Jugend? Oder war es Schamröte, ob der großen Lüge, die sie hinausposaunten in die Welt? Gut, daß die Masse fiel! Nun gibt es nur ein Hüben und drüben.

Beim lobenden Flammenschein wollen wir aufs neue den alten Bund die Treue geloben. Unser Genosse Leber wird über die Bedeutung des Tages sprechen. Gedichte, Kampflieder werden zu Gehör gebracht. Doch auch die Freude soll zu ihrem Rechte kommen. Helfe ein jeder, daß die Feiertage gelingend und rüttelnde die Säumigen wach.

Sonnenwende! rote Feuer  
Sich' ich zuden durch die Nacht!  
Sich' die Flammen lobend ragen  
In die hohe Sternennacht,  
Wie die Funken wild zerstreuen  
In die Finsternis hinaus,  
Wie sie auf uns niederzittern  
In des Sturmes Nachgebrans.

R. Sch.

### Alter und Jugend.

Der Alte und der Junge gingen nachdenklich die Straße hinunter. Jesh, nach dem ihr Gespräch ein Ende gefunden, waren sie wortlos geworden. Um politische Dinge war es gegangen und um Fragen wirtschaftlicher Art. Der Feuerkopf des Jungen wollte den Alten mit klugen Worten einfach glatt überrennen. Der aber stand ruhig hinter dem Wall lebensgefähiger Erfahrungen und ließ den Sprudelleister des Jungen sich austoben. Und bald war der maggenute Angreifer zum Abwehrenden, und der Abwehrende zum Angreifer geworden.

Im Grunde genommen waren ja eigentlich beide ein und derselben Art. Nur über den einschlagenden Weg standen sie miteinander in Widerspruch. Dem Jungen ging es viel zu langsam und viel zu räusperlos vorwärts. Der Alte mußte mehr denn einmal an seine eigenen Jugendjahre denken. Alles wiederholte sich im Leben. Und das ungezügelte Stürmen war nun eben ein Vorrecht der Jugend. Und beide achteten einander, denn instinktiv fühlten sie es, daß es jeder ehrlich mit der Lage seiner Klassegenossen und mit dem grenzenlosen Elend des Volkes meinte.

Nicht nur niederzureißen galt es, sondern vor allem alle aufbauenden Kräfte zu stärken! Immerhin war es jüngerer, die alten Fundamente für den Neubau des Zukunftshauses zu gebrauchen, als auch hier noch neue, mühevoll und verantwortungsvolle Arbeit zu leisten. Das sah auch der Junge ein.

Und nun schritten sie nebeneinander her, jeder mit seinen Gedanken beschäftigt, jeder erfüllt von den hohen Zielen, die kein Innerstes auszuwählen. Sommerleuchten umhüllte die beiden: das erglühende Haupt des Alten und das hübsche Gesicht des Jungen. Stärke, Lust und Wachstum lag überall in der warmen Luft. Das fröhliche Kraftvoll auf die beiden ein, nahm ihren Meinungsverschiedenheiten die letzte Herbitz, glatte die letzte lebhafte Unebenheiten, ließ ihnen die Blide freier schmeißen und gab erhellte Klarheit in ihre Gedanken. Als sich ihre Wege trennten, reichten sie einander die Hand. Sie waren sich doch ein ganzes Stück näher gekommen. Und ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine tiefe Herzlichkeit lag in ihrem Abschiedshändedruck.

### Mahnung für die Wanderer.

Ich habe einen Freund, der sprach zu mir:

Wenn du hinausstrichst in die allumspannende Natur, so bedenke, daß aus Saum und Strauch und Halm am Wege, aus dem fliehenden Gatter und aus dem Vogel in den Lüften, aus Fisch und Bach und See, aus Wind und Nebel und Sonnenschein tausendgestaltiges Leben mit all seinen Kräften nach Randern zu dir reden will.

Darum laß beiseite alle Gedankenlosigkeit und dumpfe Alltagsstimmung und Gemeinheit; nimm aber mit dir hinaus stoffliche Offenheit und gehörige Empfangslichkeit der Seele.

Hüte dich vor allem Fessel an Blüte und Blatt und Zweig und Baumrinde, und am gekrümmten sich mühenben Tiere, und an aller Höflichen Bildung, die die Lebensstraße der Natur rings um dich geschlossen haben.

Wenn du einen Strauch pflückst, sei bescheiden. Blume und Blatt sind nicht dazu da, damit du sie in deinen Händen achilles abreißt und nach einer Stunde wellst an den Weg wirfst.

Und doppelt bescheiden und mäßig sei, wenn du ein Sammelstück, dreifach mäßig aber, wenn du dann Seltsames triffst. Und soll dein Sammelstück überhaupt Sinn haben, so muß es es bekräftigen auf ein Heines, bescheidenes Gebiet. Beispiele: Unsere Träger. Ungewöhnliche Beobachtungen. Sommerfruchtstücke. Beside. — Fernwärtige Klänge. Tageszeiten. Fliegenarten.

Verhandele die Natur nicht mit Papierfetzen oder Resten von Scherben, die du gedankenlos an den Weg wirfst oder auf deinem Kußplatz im Walde liegen läßt. Suche vielmehr, soweit du kannst, gut zu machen, was andere in diesen Dingen sündigen.

Will sich deine Naturfreude im Gesange äußern, so achte darauf, daß er nicht aus der Art schlage. Denn die Natur gehört nicht dir allein, und mit häßlichem Lärmen störst du vielleicht andere, wie sie im umgekehrten Falle dich stören würden.

Bedenke, daß Alkohol und Tabak selten Spender reiner und feiner Freuden sind: daß sie zuerst wohl aufregen, dann aber betäuben und nach und nach ihren Freund herabziehen.

### Der ist mein Freund nicht, der die Sonne nicht mag.

Die Sonne muß lieb haben, wer mein Freund sein will . . .

Die Sonne und das Meer  
und den Wald überm Strand  
und die Wiesen  
und die Wolken, die darüber gehn  
in Stille und Sturm!

Doch nicht bloß so, wie man so sagt:  
man habe was gern!  
Es muß dir sein, was dem Vogel die Freiheit,  
es muß zu deinem Leben gehören . . .  
es muß ein Stück von dir selber werden . . .

ein Stück deiner Seele,  
das du hast

mitten auch in Novembertagauern,  
mitten in Mauern,  
mitten in Alltags Hast und Last!  
Die Sonne muß liebhaben, wer mein Freund sein will!

Cäsar Fleischlen.

### „Ich trete aus!“

Ist dies nicht eine in unjeren Reihen sehr beliebte „Drohung“? Ein jeder kennt sie, und wie vielen von uns selbst ist dies Wort nicht schon über die Lippen gekommen, wenn uns „die Geschichte zu hart wurde“. Wir wollten doch mal zeigen, daß wir uns „nicht alles bieten lassen können“, vielleicht gar von einem, der noch jünger ist als wir. Unser Austritt würde schon zeigen, was für einen tüchtigen Kerl die Abteilung und die Bewegung verloren haben. Die werden sich dann schon kräftig ärgern!

Das ist etwa der Gedankengang, der so manchen in einseitigen Aufwallung aus unsern Reihen lockt. Das ist eine der Ursachen des irrenden Verlassens der Fahne, unter die man sich eben erst gestellt hat; das ist ein Grund der Fluktuation, wie man mit einem laienmässigen Fremdwort das rasche Kommen und Gehen von Mitgliedern in einer Bewegung nennt. Pflicht aller, auch deine Pflicht ist es, diesem Unfug entgegenzuwirken.

Zunächst freies das verärgerte und feige: „Ich-trete-aus!“ aus Deinem Wortschatz. Vielleicht warst Du bis jetzt der Meinung, mit dieser Drohung oder gar ihrer Verwirklichung Eindruck zu machen, glaubtest „Charakter“ zu zeigen, wenn Du wirkliche oder eingebildete Kränkungen mit diesem Drohworte parierst. Was du da für Charakter und Festigkeit ansetzt, ist im Auge jedes Keijeren nichts als Kleinlichkeit und Schwäche. Im Urteil irgendeines vernünftigen Menschen gewinnst du doch nicht, wenn du wegen Jäntereien aus „persönlichen Gründen“ eine Vereinnung verläßt, für die du eben noch deine freie Zeit hingegeben und geworden hast.

Selbstverständlich kann der Austritt aus einer Organisation zur Notwendigkeit werden. Dies ist der Fall, wenn du innerlich mit dem Geiste der Organisation, der du angehörst, zerfallen bist, wenn du an das Ziel, das sie erstrebt, nicht mehr glaubst, oder du es vertrittst.

Der also, um ein Beispiel zu nennen, handelt ehrlos, der in den Reihen des Vereins christlicher junger Männer bleibt, wenn er selbst den christlichen Glauben aufgegeben hat. Ein anderer verläßt energische Wortworte, der einem nationalen Turnverein angehört, wenn er weiß, daß ein Arbeiter-Turnverein am Platze besteht. In solchen Fällen gebietet die Ueberzeugung, des wahrhaftigen Menschen oberstes Gesetz, das entschlossene „Ich-trete-aus!“

Triffst dieser Fall aber bei Dir zu? Aus verläßt so mancher weitere jugendliche Genosse, ganz abgesehen von den Leichtsinrigen und Gedankenlosen, die bei uns keine bleibende Stätte haben, nicht weil er mit der Sache, sondern weil er mit Personen zerfallen ist. Weil dieser oder dieje ihn anzieht, weil jener über ihn „Klatsche“, weil dieser zu „stolz“ ist, und aus wer weiß welcher sonstigen individuellen Gründen. Sind wir denn aber in die freie Jugendbewegung eingetreten und arbeiten wir in ihr, weil dieser und jener unser Freund ist, oder weil wir glauben, von allen umschmeichelt zu werden? Ich denke doch nicht. Wir kommen, um aus in Ernst und Spiel als Refraktoren für den großen Kampf der Arbeiterklasse, bei dem wir unsere Väter und Brüder in der Front sehen, Schulen zu lassen, und wir erkennen den Tag, der uns erlänzt, in die Reihen der erwachsenen Streiter einzutreten. Was hat es mit dieser großen und schönen Sache zu tun, wenn irgend ein unvernünftiger oder böswilliger Jugendgenosse aus persönlichem Verleht? Sicher nicht das geringste, was jener aus Lasse und Ungezogenheit einzeln: nicht ihnen, nein, der freien Jugendbewegung haben wir uns angeschlossen, und wir wollen uns halten, aus aus dieser Bewegung hinausdrängen zu lassen!

Magst Du immerhin einmal mutlos werden. Das passiert den Menschen und Tieren auch; aber es geht wieder, wenn du bei der Sache bleibst. Mag immerhin Dich einmal ein Un-

recht oder eine Kränkung treffen. Du bleibst im Recht und erwaffnest deinen Widersacher, wenn du in Treue und mit Begeisterung für die freie Jugend weiterkämpfst. So zeigt Du wirklich Mäulichkeit, Vernunft und Charakter.

Ueberlege es Dir, junger Kampfgenosse, also recht sehr, bevor noch einmal des kleinmütige „Ich-trete-aus!“ in Deine Gedanken kommt. Du hast die Wahl: Entweder abzukümmeln in den jämmerlichen Haufen der „Alzvielen“, der aus Verzagt, Leichtsinnigen und Dummen gebildet wird, die gedrückt und knechtlich ein verlorenes und armes Dasein führen, oder mitzumarschieren in unserm mobilen, kampflustigen und freudigen Heere.

Freund, schlag' kräftig in unsere Bruderhand! Das rotleuchtende Banner des Lebens voran, mit begeistertem Ruf und jubelndem Lied ziehe mit uns durch Deine Jugend hin! Hakte Dich zu den zukunftsfröhlichen Starren und reiß von den Schwachen und Schwankenden mit, soviel Du fassen kannst. Sei ihr Führer und ziehe sie hinein in die freie Jugendbewegung. Vorwärts, treuer Kamerad!

Erich Schädel.

### Gestalter und Nachgestalter.

Hier hab' ich einen Häher und da einen Sprosser! sagte der Händler zu der jungen Frau, die einen Vogel kaufen wollte.

Der Häher kann die Stimmen vieler Vögel meisterlich nachmachen; er kann pfeifen wie ein Star, mauern wie ein Bussard, zwitschern wie ein Rotkehlchen und flöten wie eine Drossel.

Der Sprosser dagegen singt zwar nur ein einziges Lied, aber sein eigenes und überdies vielleicht das schönste unter allen Vögeln . . . Nun wählt!

Da nehme ich schon lieber den Häher! sagte ohne Zögern die tüchtige Frau; denn er verschafft einem doch viel mehr Abwechslung.

Arthur Schubart.

Nur nichts versäumen!

Nur nichts verträumen!

Es entleert der Tag auf flüchtigen Sohlen,

Morgen ist's nimmer einzuholen! —

Rasch sei der Wille und klügn sei die Tat!

G'rad aus zum Ziele führe dein Pfad!

### Aus Cäsar Fleischlen: Von Alltag und Sonne.

Fest auf der Erde steh mit beiden Füßen und laß dich nicht verwirren von der Sehnsucht, die dich hinüberlocken will in ihrer Dämmerung ewig leeren Weiten . . . Fest auf der Erde steh, die dich geboren: sie allein ist deine Heimat, aus ihr allein quillt Kraft und Wille dir und Tat und was du bist, bist du aus ihr!

Was willst du in den blauen Fernen drüben, in die dein Traum sich Paradiese baut und goldener Seligkeiten schimmernde Paläste? . . . Wenn du den dunkeln Weg dazu erfüllst, du ständest doch nur vor der Antwort wieder, der du geglaubt entfliehen zu können!

Drum bleib und steh und wohne dich zurecht auf deiner Erde und in ihren Grenzen, du hast in langem, hartem Kampf sie dir erworben . . . und träume nicht das Beste, das du ihr verdankst, hinaus ins Leere!

Hier auf der festen Erde ist dein Platz und hier sei auch dein Sieg!

### Goldene Regeln zur Beherzigung.

1. Wenn man sich nicht die Zeit nimmt, seine Glieder in dem notwendigen Maße zu bewegen, so muß man später Zeit haben, krank zu sein.

2. Körper und Geist sind Geschenke der Natur, für deren gute Instandhaltung wir verantwortlich sind.

3. Körperliche Übungen vergrößern stufenweise unsere physischen Kräfte und geben uns die nötige Stärke, den Krankheiten genügenden Widerstand zu leisten.

4. Bewegung ist für den Körper, was geistige Übungen für den Geist sind; Körper und Geist werden dadurch erzogen.

5. Plato nannte einen Mann lahm, weil derselbe wohl seinen Geist stärkte, aber es vernachlässigte, seinem Körper die notwendige Bewegung zukommen zu lassen.

6. Das Eisen rostet, wenn es nicht in Gebrauch genommen wird, und der Körper wird krank, wenn man ihm keine Bewegung zukommen läßt.

7. Ein Mensch, der zu beschäftigt ist, um für seine Gesundheit zu sorgen, ist mit dem tüchtigsten Handwerker zu vergleichen, der keine Zeit hat, sein Handwerkszeug in Ordnung zu halten.

Nur Leidende gelangen zu tiefer Erkenntnis. Folge davon ist, daß alle tiefe Erkenntnis gefährdet ist. Den Leidenden ist die Kraft verlagert, ihren letzten Erkenntnissen Gestalt und Geltung zu verschaffen. Wehmütige Beispiele: Kowalis, Höbberlin, Nietzsche.

Wunder leben durch den Glauben an sie; aber nur wer leidet, glaubt an Wunder.

So geht es uns eines Tages, wie dem Gast vor der Speisekarte, auf der die ausgegangenen Speisen noch nicht gestrichen sind: er wählt die besten aus und muß hören, daß sie für ihn nicht mehr da sind.

Rauchen: Leben verpuffen, indem man es verpufft.

Es gibt Frauen, die durch ihr Fernbleiben mehr anwesend sind durch ihre Gegenwart.